

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk. — Durch die Post bezogen (nur bis 31. März) vierteljährlich 0.80 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.).
Postcheckkonto Nr. 58 477. Postcheckkonto Nr. 58 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 698.

Inseratenpreise:
Die 7 gespaltene Pettizelle 1.55 Mk. — Die 7 gespaltene Pettizelle mit Plagvorschritt 1.85 Mk. — Die 7 gespaltene Pettizelle Familiennachrichten 1.40 Mk.
Die Reklame-Pettizelle 0.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die unterschlagene Aufhebung des Belagerungszustandes. Ungeheuerliche Ausnahmemaßregeln in Sachsen.

Genosse Däumig frei!

Berlin, 5. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach 48tägiger Haft stand am Donnerstag endlich Genosse Däumig vor dem Schöffengericht des Reichsmilitärgerichts, der hinter sorgfältig verschlossenen Türen über die Aufhebung der Schutzhaft verhandelte.
Man konnte gespannt sein, wie der Beweis für die Behauptung des Schutzhaftbefehls geführt werden würde. Der Polizeipräsident von Berlin, Eugen Ernst, hatte, wie sich herausstellte, auf die Anfrage des Reichsmilitärgerichts nach Sachverständigen und Zeugen geantwortet, daß er aus dienstlichen Gründen nicht in der Lage sei, geeignete Persönlichkeiten namhaft zu machen. Darauf hatte er eine Anzahl von Nummern der Leipziger Volkszeitung überreicht, die den Leipziger Parteitag überliefert. Aus diesen Zeitungen wurde nun hauptsächlich alles verlesen, was Däumig auf dem Parteitag gesagt hatte.

Genosse Däumig legte ausführlich seine Stellung zum Aktionsprogramm und zur belagerten Internationalen dar. Eine Revolution könne man nicht beliebig machen, eine Revolution sei das Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung. Man könne sie höchstens in bestimmte Bahnen zu lenken. Er habe immer den Standpunkt vertreten, daß die Arbeiterklasse eine Revolution nicht mit brutaler Gewalt herbeiführen könne. Deshalb habe er sich im Januar und März 1919 gegen Gewaltmaßnahmen gewendet. Der heutige wirtschaftliche Absolutismus der Kapitalisten müsse allerdings beseitigt werden. Dazu sei die Aktionärsaktion das geeignete Mittel. Das Parteimitglied müsse durch das Rätekönigtum wirtschaftlich aktiviert und damit auch mit Verantwortungsbefähigung gegenüber der Allgemeinheit erfüllt werden.

Der Reichsmilitäranwalt forderte die Aufrechterhaltung des Schutzhaftbefehls. Genosse Dr. Kurt Rosenfeld als Verteidiger trat ihm entgegen. Wenn man Däumig wegen des Eintretens für die Beschlüsse des Leipziger Parteitages weiter in Schutzhaft halten wolle, dann müsse man konsequenterweise alle Mitglieder der L. V. einsperren.

Nach weiler als einstündiger Beratung verurteilte das Gericht folgenden Befehl: Der Schutzhaftbefehl wird aufgehoben. Däumig wird ein Entschädigungsanspruch gegen das Reich anerkannt. Er hat Anspruch auf das Oberkommando Wehrdienst für die in dem Schutzhaftbefehl aufgeführten Behauptungen nicht bestrahlt. Aus den Verhandlungen des Leipziger Parteitages habe sich ein genügendes Material, gerade gegen Däumig die Schutzhaft zu verhängen, nicht ergeben.

Die Freiheit nennt die Entscheidung des Reichsmilitärgerichts einen Bankrott der Sozialwirtschaft. In den Regierungskreisen ist offensichtlich behauptet worden, daß Däumig der intellektuelle Urheber der Vorrede vom 13. Januar gewesen sei. In dem Schutzhaftbefehl hieß es überbies noch, daß Däumig den gewalttätigen Umsturz der letzten Regierung und Verfassung organisiere und an deren Stelle die revolutionäre Aktionärsaktion aufzulebende Diktatur der Proletariat leiten wolle. Konnte man sich aus dem Inhalt dieser Schutzhaftbefehle die Vermutung schöpfen, daß ihre Urheber sich an unzuverlässigen Spitzelberichten nicht haben freuen, so wurde diese Vermutung durch das Verhalten des Herrn Eugen Ernst zu Genüge bestätigt.

Die Freiheit bemerkt weiter: Wenn wir eine wirkliche Demokratie hätten, so müßten die durch diese Verhandlung hochverkauften Personen schleunigst Konsequenzen aus der richterlichen Entscheidung ziehen. Rechnet man keine Konsequenzen, dann ist dies eine bloße Legende. Wenn man bei den sogenannten Machthabern anrufen wird, um so größer aber wird die Wirkung bei den Arbeitern sein.

Dr. Levi bleibt in Haft.

Berlin, 5. März. (Eigene Drahtmeldung der Leipziger Volkszeitung.) Auch gegen Dr. Paul Levi von der kommunistischen Partei Deutschlands wurde am Donnerstag wegen Aufhebung der über ihn verhängenen Schutzhaft verhandelt. Nach zweistündiger Beratung wurde hier eine Entscheidung dahin gefällt, daß die Bewachung Dr. Levis verworfen sei. Er dürfe eine Gefahr für die Sicherheit des Reichs und könne deshalb nicht in Freiheit gelassen werden.

Die Gründe sind nicht bekannt. Es scheint aber, da der Fall Levi im Grunde nicht anders liegen dürfte als der Fall Däumig, daß die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei für das Reichsmilitärgericht als erschwerendes Moment gendelt, um die Schutzhaft gerechtfertigt zu finden. Eine Aufklärung, der natürlich grundrätiglich auf das entscheidendste widersprochen werden muß.

Weiter unter der Militärgerichtsbarkeit.

Berlin, 5. März. Moskale hat im Reichsrat die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit verschoben lassen bis zum Oktober 1920, trotzdem

die Regierung die Aufhebung seit dem 1. April fest angesetzt hatte. Er kann sich nicht so bald von ihr trennen. Wer weiß, wozu die Militärgerichte nicht noch gebraucht werden! Die Militärs legen Wert darauf, von Kameraden abgeurteilt zu werden und haben, wie der Prozeß gegen die Liebknechtmörder, wie die Fälle Karloh, Giller beweisen, alle Veranlassung dazu.

Und die Regierungen der deutschen Freistaaten, die im Reichsrat versammelt sind, kommen diesem Bedürfnis entgegen! Werden die Reichstagslisten in der Nationalversammlung mit den Demokraten wenigstens opponieren und einen Druck auf die Regierung verüben? Oder wollen sie Mitschuldige werden an der Fortdauer der andäulichen Zustände, die die Militärgerichtsbarkeit nützt?

Das Instrument.

Berlin, 5. März. Im Reichsrat hat Moskale am gestrigen Tage erklärt, daß es nicht möglich sei für den Rest des Heeres, wenn Truppen für längere Zeit an demselben Ort stationiert gelassen würden. Wenn etwa eine Truppe 12 Jahre lang an einem und demselben Orte, so würde das nach kurzer Zeit zu einer solchen Verflüssung und Verwässerung der Truppe mit der Bevölkerung führen, daß nach seiner Heberzeugung in wenigen Jahren dieses Instrument das Reich nicht mehr wert wäre, das dafür bezahlt würde. Es müsse darauf Wert gelegt werden, daß die Truppe, wenn sie auch gering an Zahl sei, ein Höchstmaß von Elfsfähigkeit und Stochkraft besitze.

Wir haben also ein stehendes Heer, bestreift auf den inneren Feind nach den Methoden des kaiserlichen Heeres. Wenn die Truppe mit der Bevölkerung vermischt ist, so ist sie nach Moska das Geld nicht wert. Sie könnte vielleicht nicht auf Vater und Mutter schließen. Wenn die Truppe nicht mit der Bevölkerung vermischt und verwässert sein darf, so zeigt das den Willen ihrer Führer, sie gegen die Bevölkerung zu verwenden.

Wer die Truppe künstlich von der Bevölkerung trennt, der stärkt die Bevölkerung. Wer die Bevölkerung reichert und nicht gegen die Bevölkerung, der braucht Truppe und Bevölkerung nicht zu trennen.

Moska gesteht mit apothistischer Kürze, daß die Reichswehr keine Volkseinrichtung ist, sondern die Prätorianergarde von reaktionären Diktatoren. Er will die Reichswehr als Fremdkörper. Hier Bevölkerung, dort Reichswehr. Die Bevölkerung muß stürzen vor der Stochkraft der Truppe. Das Instrument der Macht wird Instrument der Unterdrückung. Wer stürzt es gegen wen?

Verhinderung der Neuwahlen zum Reichsparlament.

Berlin, 5. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In dem Antrag der beiden Reichsparteien auf Auflösung der Nationalversammlung haben im Laufe des Donnerstags bereits alle Fraktionen Stellung genommen. Nach der Volkszeitung hat der Antrag eine Aussicht auf Annahme. Die Reichsparteien werden sich vermehrt für die nach ihrer Meinung notwendige Verschiebung der Wahlen bis zum nächsten Herbst entscheiden. Nur bei den Demokraten soll eine Minderheit bereit sein, sich für rasche Neuwahlen zu entscheiden.

Die Regierungsparteien fürchten die Wähler und sprechen sich damit selbst das Urteil. Wenn sie glauben, daß sie durch die Verhinderung ihre Position verbessern so dürften sie sich schwer irren.

Die Reaktionäre als Hüter der Volksrechte.

Die Fraktionen der Reichsparteien haben in der Nationalversammlung einen Antrag eingebracht, die Reichsregierung zu ersuchen: 1. Abhandlung mitzutellen, welche Gesetzentwürfe sie der Nationalversammlung vor ihrer Auflösung noch vorzulegen gedenkt. 2. Die Entwurf zum Reichstagswahlgesetz, zum Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten und zum Gesetz über Volkswahlrecht und Volksbegehre mit größter Beschleunigung vorzulegen. 3. Sich vom 1. Mai 1920 ab als ausführend zu erklären.

Unter Hand, rechter Hand — alles vertauscht. Einst weiterten die Sozialdemokraten und Demokraten in die konservative Runderbittatur in Preußen - Preussischland. Jetzt müssen die „Reichsparteien“ der Rechten die Diktatoren der Demokratie zur Erfüllung ihrer demokratischen Pflichten ermahnen. Was wird die Regierung auf die unangenehmen Fragen antworten?

Blutige Zusammenstöße in Johannesburg.

London, 4. März. (L. U.) Nach einer großen Versammlung in Johannesburg stießen die Eingeborenen zwei Schulklassen. Soldaten und Zivilpersonen griffen darauf die Masse an und es kam zu einer großen Schlacht, wobei 2 Eingeborene getötet, 70 Eingeborene, 7 Polizisten und 1 Zivilist verwundet wurden.

Die Ungeheuerlichkeit der Militärdiktatur.

Nach genauer Prüfung des Sachverhalts bringen wir nachstehend den Beweis, daß die Maßnahmen des Militärbefehlshabers für Sachsen und der sächsischen Regierung, insbesondere in der Zeit vom 3. Januar 1920 bis 9. Februar 1920 auch vom juristischen Standpunkt aus völlig unhaltbar sind, ja eine krasse Gesetzes- und Verfassungswidrigkeit darstellen! Bekanntlich wurde am 18. Januar die Leipziger Volkszeitung auf Grund des preussischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1861 verboten. Dasselbe geschah mit der unabhängigen Dresdner Volkszeitung am 6. Februar. Genosse Lehmann, Leipzig, Geschäftsführer der Leipziger Volkszeitung, wurde erst kürzlich zu 2000 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er das Verbot bekannt gemacht und mit einer Randbemerkung versehen hatte. Genosse Böttcher und viele andre Personen sind in Schutzhaft genommen worden und zwar in der erwähnten Zeit. Alle diese Maßnahmen widersprechen den klaren Buchstaben des Reichs. Das Verordnungsblatt Nr. 6 des Abteilungsamts XII, A. K. vom 28. Januar enthält folgende Bekanntmachung: Nr. 72 Ia. v. 17. 1. 20. Nr. 40.

Aufhebung des Belagerungszustandes.

Ich hebe hiermit den am 23. April 19 von mir über das Gebiet des Freistaates Sachsen verhängten Belagerungszustand auf. Die auf Grund des Belagerungszustandes von dem Inhaber der vorliegenden Gewalt erteilten Weisungen treten mit der ortsüblichen Bekanntmachung dieser Aufhebungsverordnung außer Kraft.

Berlin, d. 3. Januar 20.
Der Reichspräsident. Ebert.
Der Reichsanwalt. Bauer.

Zusatz: Das Wehrkreiskommando nimmt an, daß die ortsüblichen Bekanntmachungen durch die Staatsregierung erfolgen. Von hier aus werden nur die militärischen Dienststellen benachrichtigt.

Der Befehlshaber: Maeder.

Aus dieser Verordnung ist also ohne weiteres ersichtlich, daß der Belagerungszustand für Sachsen am 3. Januar 1920 vom Reichspräsidenten Ebert aufgehoben worden war.

Nun beachte man: Im Reichsgesetzblatt Nr. 27, Jahrgang 1920, findet sich eine am 9. Februar in Berlin ausgegebene Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48, Absatz 2 der Reichsverfassung für Sachsen. Diese lautet wörtlich:

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich im Anschluß an die für andre Teile des Reichs am 13. Januar erlassene Verordnung auch für das Gebiet des Freistaates Sachsen folgendes:

§ 1. Jede Betätigung durch Wort, Schrift oder andre Maßnahmen, die darauf gerichtet ist, lebenswichtige Betriebe zur Stillelegung zu bringen, wird verboten.

Als lebenswichtige Betriebe gelten die öffentlichen Verkehrsmittel sowie alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung von Gas, Wasser, Elektrizität und Kohle.

§ 2. Zuwiderhandlungen werden, sofern nicht die Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Haft oder Geldstrafe bis zu 15 000 Mk. bestraft.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 29. Januar 1920.
Der Reichspräsident: Ebert.
Der Reichsanwalt: Bauer.

Demnach bestand in der Zeit vom 3. Januar 1920 bis 9. Februar weder der vorherige Belagerungszustand noch der spätere Ausnahmezustand. Da nun aber die angeordneten Verfügungen und Maßnahmen auf Grund des Belagerungszustandes geschähen sind, fragen wir hiermit die Regierung, was sie zu den flagranten Gesetzesverletzungen, begangen an den Zeitungen der L. V., ihren Mitgliedern und der gesamten Arbeiterschaft, zu sagen hat? Vorerst übergeben wir den Stand der Dessenlichkeit und teilen mit, daß die unabhängige Fraktion in der Sächsischen Volksammer Nachenschaft fordern wird!

Die Methoden der „sozialdemokratischen“ Regierung gegen die U. S. P. werden durch diese Enthüllung in eine äußerst scharfe Beleuchtung gerückt. Doch überlassen wir es der Öffentlichkeit und speziell der Arbeiterschaft, auch darüber ein Urteil zu fällen. Für heute sei besonders noch eines hervorgehoben: Aller erstankene Sachschaden, sowie Entschädigung für die zu Unrecht Inhaftierten und Verurteilten muß sofort geltend gemacht werden. Unparteiische Richter werden angefordert, die zwingenden Tatbestände, angesichts des klaren Wortlauts des Gesetzes, die Regierung verurteilen zu lassen, wenn es sich auch um die verhasste U. S. P. handelt.

Fernerhin ist ein Vergleich augenfällig, was wohl mit gewöhnlichen Sterblichen geschehen würde, die die Gesetze so wenig beachten wollten, wie in diesem Falle die maßgebenden Gewalttäter.

Bilder vom Straßburger Kongress.

Die innere Politik der Partei.

Donnerstag, 28. Februar 1926.

Der zweite Kongrestag wird mit der bei den Franzosen üblichen Abkürzung von 1/2 Stunden eröffnet. Den Vorsitz führt heute Rassin-Dugens, ein sympathischer Genosse, der in Gestalt und Mienenbild ausnehmend unserm verstorbenen Genossen Naase gleicht. Mit einer gewissen Genugtuung weist er darauf hin, daß ihn der Kongress von Vordrang noch vom Vorsitz ausgeschlossen habe. Kamerad Blum, der Vorsitzende der parlamentarischen Gruppe, entwickelt nun seinen Bericht über die Tätigkeit der Fraktion im Parlament. Die Parlamentsgruppe habe keine großen Resultate aufzuweisen, sie habe aber einen entscheidenden Anteil an dem Siege Clemenceaus gehabt, jenes Clemenceau, der erst vor ein paar Wochen von derselben Tribüne aus das stolze Wort hinausgerufen habe, daß das Verhältnis zwischen Regierung und Sozialismus nur ein solches der Macht sei. Ein Redner der äußersten Linken, T a r b e von der Rhône, tritt dafür ein, daß an Stelle der politischen Aktion die revolutionäre Tat treten müsse. Er kritisiert heftig die Kriegspolitik der Parlamentsgruppe. Er verlangt die Ausschließung gewisser reformistischer Elemente aus der Partei, und als ihm das Wort „Einigkeit“ zugerufen wird, antwortet er: „Schafft zuerst die Einigkeit unter den Prinzipien, dann schaffen wir die Einigkeit unter den Menschen.“ Seine Rede ruft den Genossen Mayeras auf den Plan, der gegen eine Beurteilung der parlamentarischen Gruppe in Bezug und Bogen protestiert. Er entwickelt die Geschichte der Fraktion: wie es nur Rassin-Dugens, Berlin und A. Blanc waren, die zuerst die Kriegskredite ablehnten. Heute wäre es für manchen Genossen sehr leicht, den Modifikationen zu spielen. Aber man solle daran denken, wie vor dem Kriege der Generalstreik, die bewaffnete Insurrektion, die Sabotage der Mobilisation so wild gefordert hätte. Den Namen dieses Menschen aber hier zu nennen, hieße den Kongress beschmücken. Gemeint ist Heros, der während des Krieges einer der tollsten Chauvinisten war und es heute noch ist. Mayeras bekennt, daß er das Verwilligen der Kriegskredite noch nicht bedauert, und er entwickelt und entfacht dann über den Punkt „nationale Verteidigung“ eine Diskussion heraus, die beweist, daß diese Frage im französischen Sozialismus noch nicht geklärt ist. „Angenommen“, ruft er den Anhängern Lorisot zu, „der revolutionäre Ruf wäre im August 1914 vom französischen Proletariat erfüllt worden, hätte das die Kräfte des Eindringlings zurückgehalten? Was am 27. Mai 1918 die deutschen Truppen an der Aisne durchgebrochen waren, da haben damals selbst die linksprechendsten Genossen erklärt: Wir wollen nicht, daß das republikanische, das im Grunde revolutionäre Frankreich, das heute sich im Besitze der Souveränität befindet, morgen über dem Proletariat als Erde zu fallen wird, untergehe. Es ist nicht wahr, ruft Mayeras, daß der Stuttgarter Beschluß und Land nicht für die Verteidigung des Landes zu tun. Ihr vertritt Euch auf die Arbeiter? Das ganze Land war nationalitätlich und gewinnungswillig, wollte von uns nichts wissen. Wie ist jetzt noch, nach dem Waffenstillstand, der Geisteszustand der Massen? (Widerspruch ganz links.) Wer hat denn bei den Kammerwahlen die gewinnungswilligen Generale gewählt? Doch nur die demobilisierten Soldaten. Am 31. Juli habe ich den hinausgehenden Genossen in öffentlicher Versammlung gesagt: Ihr geht jetzt ins Feld, um das kapitalistische Eigentum zu verteidigen; wenn ihr das getan habt, dann schaltet über Eure Waffen. Was haben die Soldaten getan? Für den Demobilisationslohn und 250 Frank haben sie ihre Gewehre zurückgegeben. So haben wir den geeigneten Moment verpaßt.

Rassin-Dugens spricht für die Einigkeit im Innern. Auch er bedauert nicht, daß er am 4. August unter den damaligen Verhältnissen die Kredite vollert habe. Später sei eine neue Situation geschaffen worden. Die Partei hätte aber eine besondere Erklärung bei den Bewilligungen abgeben sollen, sie dürfe sich nicht mit der Bourgeoisie solidarisieren. Jetzt gelte es, die Differenzen in der Partei wegen der Vergangenheit nicht noch schärfer zu gestalten. Gegen den Kapitalismus müsse das französische Proletariat einig sein, denn die Verhältnisse drängen mit Geschwindigkeit einem Zustand zu, in dem die französische Arbeiterklasse auf alles gefaßt sein müsse.

Paul Faure, der gründlich auf die Frage der nationalen Verteidigung eingeht, wirft die Frage auf: Wer ist Angreifer, wer nicht? Das ruft den Genossen Grimm nach auf den Plan. — Hier sei eingeschaltet, daß jeder Delegierte das Recht hat, eine Erklärung abzugeben oder eine Frage an den Redner aus der Tribüne zu stellen, wenn dieser es erlaubt. Schreiber dieser Zeilen hat in Straßburg die Erfahrung gemacht, daß diese Spielchen, soweit sie sachlich bleiben, unbedingt zu einer schnellen Klärung, z. B. durch sofortiges Hinverräumen von Mißverständnissen, führen. Besonders bei der Rede Faures, wo einige Delegierte aufstiegen und das Wort ergriffen, war das für die Debatte von großem Nutzen. — Als Grimm nach sagte: Nach der Erklärung, die Kautsky unter dem Beifall der Unabhängigen (?) abgegeben hat, ist Wilhelm II. der alleinige Urheber des Krieges. (Kammerstube, daß man eine solche Auffassung nicht selbst sofort veröffentlichen konnte.) Sehr richtig! ruft der alte Rappoport, Abtinent einer der interessantesten Typen des Kongresses, daraufhin: „Na, sagen wir, Deutschland hat das Feuer angezündet und wir haben das Holz dazu geliefert.“ (Zusammenstoß!) (sehr richtig!) (Lautstimmig) das Groß des Kongresses zu. Paul Faure fährt fort: Es hat keinen Zweck, daß die Internationale ihren Schwarm nur aufmacht, wenn schon Wetter ist. Entweder wir halten uns an internationale Beschlüsse, oder aber wir brauchen keine. Der Krieg war ein imperialistischer Krieg, ein Konkurrenzkampf zwischen England und Deutschland. Auf einen Zwischenruf Renaudels: Renaudel, wenn Sie für die Scheindiplomatie eingetreten sind, dann sind Sie nichts als ein Komplize der Gewalttäter. Was suchen Sie dann noch in unserer Partei? (Stürmische Zustimmung.) Lorisot, der auf einen neuen Zwischenruf Renaudels hin aufsteigt, ruft aus: Selbst wenn man hat ausgesprochen, daß die blutige Niedererschlagung von 1000 Insurgenten nicht soviel Blut gelöst hätten zur Verhinderung des Krieges wie nachher die Millionen Menschen im Kriege. Wiederum ruft ein Beifallsturm durch den weiten Raum. Paul Faure kann schließen: Der Kapitalismus neigt notwendigerweise den Krieg und wir sind gegen den Kapitalismus. (Prost) (Lautstimmig) der Generalsekretär der Partei, bestreitet nun die Rednertribüne. Er ist einer der russischen Redner, der sich nicht so leicht vom Impuls hindereisen läßt wie die anderen bekannten Führer. Mit klarer, durchdringender Stimme, einen Haufen Genossen anerkennender Telegramme in den Fingern, ruft er dem Kongress zu: Kameraden, stellen wir uns nicht so sehr um die Vergangenheit. Überlegen wir, was wir morgen tun. Und unter dieser Anteilnahme verliest er die Telegramme, die die Streiks der Eisenbahner auf den französischen Linien antkündigen. Auch die Bergarbeiter haben ein Ultimatum gestellt und sind nach dem 1. März zum Ankerstand bereit. (Hochrufen) steht in diesen Bewegungen die Vorbote der revolutionären Bewegung der französischen Arbeiterschaft. Er

wendet sich gegen die Vertreter der äußersten Rechten, die behaupten, daß die Partei vorwerfen, daß sie durch ihre Politik schuld an dem schlechten Ausgang der Kammerwahlen sei. Er erinnert an das Wahlrecht, den ehemaligen Minister, daran, daß gerade er das famose Wahlrecht mitgemacht habe, dem die Sozialisten einen Teil der Niederlage verdanken. Wer, ruft er aus, die Wahlen vom 18. November waren die ersten Wahlen, bei denen wir in den letzten Jahrzehnten das sozialistische Problem in seiner Gesamtheit auf die Tagesordnung gestellt haben. Wir haben jedes Wahlkompromiß abgelehnt, wir haben erklärt, daß es im nächsten Moment nicht mehr auf momentane Reformen ankommen, wie haben offen die soziale Revolution propagiert. Und wenn wir auch eine Niederlage erlitten haben, so haben wir doch jetzt die Gewißheit, daß es in unserm Lande in einem entscheidenden Moment 1 700 000 Menschen gibt, die gewillt sind, für die totale Revolution einzutreten. — Wir hatten geglaubt, daß der Krieg die Weiser gewordet hätte. Es ist nicht der Fall. Ohne das Landproletariat ist in Frankreich kein sozialistischer Sieg möglich. Deshalb ist es die Hauptaufgabe der Partei, neue Rekruten zu werben, zu organisieren, die Anschauungen der Partei, die diejenigen des revolutionären Klassenkampfes sind, in die Massen zu bringen. Die russische Revolution besitzt keine leidenschaftlicheren Anhänger als uns. (Vorsitzung folgt.)

Das leere Haus.

Berlin, 4. März.

Die Nationalversammlung verteilte heute das Gesetz über die Aburteilung der Kriegsverbrecher. Das Interesse der Abgeordneten war so groß, daß etwa 100 Abgeordnete es für nötig hielten, den Beratungen beizuwohnen. Es wurden — wie zu erwarten war — patriotische Reden gehalten, deutschnationale und nationalliberale, wobei über Recht und Kultur manche Phrasen flet. Das nahm sich sehr gut an und nach den heftigen Debatten über das Ständerecht im Rheinland, die das Recht und die Kultur der deutschen Demokratie so grell beleuchtet hatten. Genosse Seger stellte das Gesetz in den politischen Zusammenhang, in den es gehört. Aber die Herren Abgeordneten waren so eifrig bemüht, ihr Interesse für die von ihnen so patriotisch betonte ungeheure Bedeutung des Gesetzes zu zeigen, daß sie nicht einmal gewahr wurden, wie bittere Wahrheiten ihnen gesagt wurden. . . . Dann beriet man das Bundessteuergesetz. Dasselbe Bild. Das verschlägt, daß den Kommunen die Gurgel angebrüllt wird. Wir müssen Steuern haben, damit gut. Weiter reicht das Begriffsvermögen der bürgerlichen Parteien nicht. Und ihr Interesse geht so weit wie ihr Begriffsvermögen. Genosse Dillweil sprach am Schluß vor fast völlig leerem Hause für die Erhaltung der Gemeinde-Autonomie.

Die russischen Kriegsgefangenen.

Walter Dehne, Berlin.

Nur wenige Tage noch und die letzten deutschen Kriegsgefangenen werden aus Frankreich in die Heimat zurückgeführt sein. Noch leben an den Süfern und Jämen Berlins, in den Untergrundbahnen und in Eisenbahntrassen die Platte und Zettel: 400 000 Gefangene gehen fern der Heimat hinter Stachelbrühl feilsch und körperlich zugrunde. Fordert ihre sofortige Rückkehr! Noch leben in aller Erinnerung die Kräfte von flammenden Protesten, in denen von französischer „Clawet“ und „Walterrecht“ Verlegung, von Vergewaltigung, die Rede war, noch (Acht in unserm Ohr das Getöse, hebräer alldemischer Frauen, unterteilt von den donnernden Phrasen rechtssozialistischer Abgeordneter, die alle sich gebärdeten, als ob ihnen schwerer Unrecht geschähe. Und doch geschah nicht das geringste, was dem Recht und der Gerechtigkeit widersprochen hätte. Mit dem Tage, da durch die Ratifikation der Friede endgültig in Kraft getreten war, begann, wie es im Friedensvertrage festgelegt war, der Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen. Keinen Tag über Friedensschluß hinaus haben unsere Begner in die Gefangenen behalten wollen. Ja, hätte nicht die provokatorische Art unserer Unterhändler in Versailles es vereitelt, so wären lange vor unglücklichem Friedensschluß die deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat zurückgeführt.

Die, die unbedeutend solche Getöse erhoben, die die ganze Welt der Grausamkeit und Sklaverei glaubten anklagen zu können, sie haben mit keinem Worte und mit keiner Silbe der mehr als 250 000 russischen Kriegsgefangenen gedacht, die noch heute in deutscher Gefangenschaft schmachten. Sie haben kein Wort der Anklage gegen die deutsche Regierung gefunden, die hier in Wahrheit sich der Sklaverei schuldig machte. Sie haben für die Körperlichkeit und seelischen Leiden der russischen Gefangenen nicht das geringste Mitleid und Mitgefühl besessen. Sie haben in ihrer Presse von den alldemischen Blättern bis zum rechtssozialistischen Vorwärts totalmäßig alles totgeschwiegen, was über die Leiden und Qualen der russischen Kriegsgefangenen in die Öffentlichkeit dringen wollte, so daß selbst die amtlichen Stellen klagen mußten, daß sie bei der deutschen Presse, mit Ausnahme der unabhängigen, kein Verständnis für die russischen Kriegsgefangenen fanden. Dementsprechend aber, die es wagten, darauf hinzuweisen, daß noch immer Hunderttausende russischer Kriegsgefangener hinter deutschen Drahtverhauen gehalten wurden, daß mehr als zwei Jahre nach dem offiziellen Frieden mit der russischen Sowjetregierung noch immer deutsche Wachposten die russischen Brüder nicht handelten, die, die es wagten, darauf hinzuweisen, wie die russischen Gefangenen Hunger und Not litten, wie man sie ohne jede Rücksicht, ohne jedes Recht ließ, die wurden als Landesverräter beschimpft. Und um das Maß der Schmach vollzumachen, gab die deutsche Regierung sich dazu her, die Werbungen zu gestatten, durch die die irreführenden Gefangenen in der Hoffnung auf Heimkehr in die Arme der russischen reaktionären Generäle gepreßt wurden. Alle Beschwerden der Sowjetregierung, alle Klagen und Vorstellungen der offiziellen anerkannten ukrainischen Gefangenschaft blieben erfolglos. Man belog die Beschwerdebefähigten, betrug die deutsche Öffentlichkeit und die ganze Welt, erklärte, daß man von Werbungen nichts wisse, während der größte Teil des deutschen Offizierskorps selbst in der Werbung tätig war.

Haben die, die über die Leiden der deutschen Gefangenen in Frankreich und England (pausen) und seitenslange Klagen erhoben, haben die jemals auch nur einen einzigen Zelle Raum gegeben, die von den ungeheuerlichen Umständen, von der Not und den sexuellen Analen der russischen Kriegsgefangenen in den deutschen Gefangenenlagern erzählte? Sie haben alles verschwiegen, haben das eigene Volk und die Welt belogen und betrogen und im Schlei solcher Gerechtigkeit ungetreue Anklagen erhoben. So haben sie den deutschen Namen in aller Welt mit Schande besetzt und mit Schmach bedeckt.

Wenn die Grenzstaaten dieses Krieges, wenn die belagerte Deportation, die Diebstähle und Plünderungen in den deutschen Stappen, wenn die Grausamkeiten des U-Boot-Krieges, wenn der Baralongfall, und die Selbstverbrüderung, wenn die Mißhandlung der wunderbaren Kämpfer vergessen sein wird, dann wird in aller Welt noch die deutsche Schmach bestehen und unvergessen sein, die das deutsche Volk auf sich geladen hat, als es duldete, daß mehr als eine Viertelmillion russischer Brüder noch zwei Jahre nach dem Friedensschluß in schmachtvoller Knechtschaft gehalten worden sind. Alle Entschuldigungen der deutschen Regierung helfen nichts. Vergeblich sind die Ausreden, daß man nicht getreu habe, wie man wollte, vor dem ehernen Gericht der Geschichte steht unerschütterlich fest, daß man nicht gewollt hat. Anmehre haben endlich die Verhandlungen über den Abtransport der russischen Kriegsgefangenen mit den offiziellen Vertretern der Sowjetregierung begonnen. Ihr Fortgang ist schreckend und

läßt nicht gerade auf großes Entgegenkommen von Seiten der deutschen Regierung schließen. Deshalb entsteht die gebieterische Wille, daß das deutsche Volk nunmehr zur Beendigung dieser Schmach einmütig seine Stimme erhebt und von der Regierung fordert, daß sie alles tut, auch das letzte, um die russischen Kriegsgefangenen so schnell als möglich in die Heimat zu befördern, um ihr Leid so viel wie möglich zu erleichtern. Mit diesen Worten ist es nicht getan. Es hilft nichts, daß man die Gefangenen plötzlich als Internierte bezeichnet, es muß gehandelt werden: Die gesamte Verwaltung der Lager muß, solange der Abtransport nicht im Gange ist, in die Hände der offiziellen Vertreter der Sowjetregierung gelegt werden. Ihnen muß gestattet werden, die Organisation zu schaffen, mit denen sie die gesamte Verwaltung der russischen Kriegsgefangenenlager übernehmen können. Die schmachtvollen Drahtverhauen, die Beschränkung der Freiheit muß beseitigt werden. Die russischen Brüder müssen als freie Männer in geschlossener Kolonie mit Selbstverwaltung befreit werden, sich selbst ihr schweres Schicksal so zu gestalten, daß es einigermassen erträglich wird. Daran sind nicht nur die russischen Kriegsgefangenen, daran ist auch die deutsche Regierung selbst interessiert. Die russische Regierung kann selbstverständlich eine Verpflegung und Bekleidung ihrer Gefangenen nur übernehmen, wenn sie selbst die volle Garantie für die rechtmäßige Verteilung und Verwendung der von ihr zur Verfügung gestellten Mittel besitzt. Die Garantie aber kann sie nur erhalten dadurch, daß ihr die gesamte Verwaltung in die Hände gegeben wird. Die deutsche Regierung weiß sehr wohl, wie schwer ihr in Zukunft die Ernährung der russischen Kriegsgefangenen fallen wird. Vom April an hören die amerikanischen Lebensmittelunterstützungen auf und die elenden dünnen Wasserkruppen, in denen zur Herde einige Gruppen umherzuschwimmen, werden auch noch dieser letzten Getreidezufüge kein Essen bezahlt werden. Man hat den russischen Gefangenen bereits angeklagt, daß man sie ausschließlich mit Gemüsen ernähren müsse. Die Folge wird sein, daß die Gefangenen schließlich doch in den schon wiederholt angekündigten Hungerstreik eintreten werden. Wenn wir nicht auch noch diese Schande auf uns laden wollen, daß die Gefangenen bei uns zu Tausenden des Hungers sterben, so ist schleunigste Hilfe notwendig. Es ist unsere heiligste Pflicht, die russischen Gefangenen, die wir wider ihren Willen und gegen alles Recht und Gesetz bis heute festgehalten haben, in der Ernährung völlig mit der deutschen Bevölkerung gleichzustellen. Es wäre unerhört, wollte man sich in Wahrheit entschließen, die Gefangenen allein mit Gemüsen zu ernähren. Die Regierung wird auch schleunigste über ihre diesbezüglichen Absichten Auskunft geben müssen. Sie wird endlich in aller Öffentlichkeit erklären müssen, daß sie bereit ist, mit allen, auch den letzten Mitteln, sich endlich für den Abtransport der russischen Kriegsgefangenen einzusetzen, und daß sie, bis zur Befreiung der Schweregefangenen, aus den Gefangenenlagern russische Kolonien mit Selbstverwaltung unter der Oberaufsicht einer russischen Organisation macht. Geschähe das nicht, so wird das deutsche Volk den letzten Rest seines Ansehens, das letzte bishigen Vertrauen in der Welt einbüßen.

Der Reinwaschungsausschuh der Scheidemannier.

Am Vorwärts teilt Herr W. Söllmann, der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses der Rechtssozialisten über den Clara-P arvus-St andal mit, daß besagter Ausschuh seine Arbeit abgeschlossen und an den beschuldigten führenden Genossen keinerlei Schuld und Fehl gefunden hat. Die Anklage Davidsohn, Baummeister und Sonnenfeld senior sollen keine Material über das schon veröffentlichte hinaus vorzulegen gehabt haben und die öffentlich vorgebrachten Anschuldigungen sind nicht erwiesen. Herr Sonnenfeld soll die ursprüngliche Erklärung abgegeben haben, er habe nie gesagt, daß Scheidemann im Verein mit Clara eine hohe Summe für die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburg ausgelegt habe, trau ihm das auch nicht zu. Er habe bei der Veröffentlichung der Behauptung nur die Absicht gehabt, einen Dramardas in der Umgebung Scheidemanns bloßzustellen. Trifft das zu, so verdient das Verfahren des Herrn Sonnenfeld natürlich eine harte Beurteilung. Indes ist das nicht das Wesentliche. Für die Öffentlichkeit ist durch die Unteruchung eines Ausschusses, der lediglich aus Parteigenossen der Angeklagten zusammengesetzt war und dem die Sorge um die Reputation seiner Partei bei der Arbeit beständig über die Schulter sah, nichts festgestell. Auch die Veröffentlichung des Berichtes des Ausschusses, die Herr Söllmann anklagt, wird daran etwas ändern können. Die Affären müssen g e r i c h t l i c h aufgeklärt werden!

Eine internationale Hilfsaktion für den Kapitalismus.

Berlin, 5. März. (Eigene Drahtmeldung der U. S.) Das Manifest des Obersten Rates enthält nach einer Wiener Meldung der Rostischen Zeitung die folgenden Punkte: 1. Die Allierten erklären sich bereit, eine große Menge von Rohstoffen nach Deutschland zu liefern. 2. Die Allierten wollen sich an dem Aufbau der deutschen Wirtschaft beteiligen. 3. Die Frage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete von Frankreich und Belgien ist keine nationale, sondern eine internationale Frage. 4. Das wirtschaftliche Gleichgewicht Deutschlands und Rußlands soll wieder hergestellt werden. 5. Die Salutzfrage soll international geregelt werden.

Der Entente kommt also der drohende Zusammenbruch des kapitalistischen Systems zum Bewußtsein. In wüßterer Stunde will sie es retten. Ob ihr das selbst bei bestem Willen gelingen könnte, ist recht zweifelhaft. Ob aber überhaupt bei ihren Gleibern dieser große Wille oder die volle Einsicht für die Notwendigkeit der Aktion vorliegt, ist auch noch fraglich. Darüber wird ein Urteil erst möglich sein, wenn die sehr allgemein gehaltenen Versprechungen näher begrenzt und bestimmt werden. Und dann hängt schließlich alles davon ab, ob die Ausführung den Versprechungen entspricht. Es ist also vor vorläufigen Schließen aus diesem Beschluß der Entente zu warnen. Daß er den bankrotten Kapitalismus auf die Dauer retten könnte, ist natürlich ohne weiteres ausgeschlossen.

Europas große Krise.

Nach einer Meldung der Berlingische Tidende aus London hat der Präsident der National City-Bank, Frank Pa n d e r b i l l, in einer Rede in New York erklärt, daß er der europäischen Situation äußerst pessimistisch gegenüberstehe. Die große Krise Europas würde kurz vor Beginn des Herbstes eintreten. Amerika wäre infolge mit 150 Milliarden Dollars die breite Hungerdosis abzugeben. Nur in diesem Falle kann Europa sich bis zum Frühjahr 1921 halten. Wenn Amerika auf verständliche Weise diesen Kredit gäbe und gleichzeitig Gelder in europäischen Unternehmungen anlegte, würde Europas Produktion gradweise steigen und Europa würde dann wieder erholen.

„Ruhe“ in Niederbayern.

München, 4. März. Durch das energische Eingreifen einer Regierungskommission ist die Ruhe in Straubing wieder hergestellt worden. Die Arbeit ruht, soll aber nach der Beerdigung der Opfer wieder aufgenommen werden. Reichs-

wehrtaugliche und bewaffnete Truppen hatten die Stadt besetzt. Die Expre sollen nicht durch Schüsse der Reichswehrtruppen, vielmehr durch Augen aus den Reihen der Demonstranten (!) getroffen worden sein. Schwer verletzt wurde noch der Sohn des zweiten Straubinger Bürgermeisters.

Paris — ein zweites Wien.

Ein aus Paris zurückgekehrter Vertreter der Vater Nachrichten berichtet, daß der Eindruck, den Paris jetzt bietet, derselbe sei, den Oesterreich vor sechs Monaten machte. Man beobachtet eine fortschreitende Flucht vor den französischen Francs. Die Teuerung und Preissteigerung seien täglich unerträglich. Größere Geschäfte werden nur noch in Dollars oder holländischen Gulden abgewickelt. Frankreich werde jetzt vom Auslande ebenso gekauft wie Berlin und Wien, und die notwendigen Bedarfsartikel seien bereits im Zentrum der Stadt gar nicht mehr zu finden.

So zeigen sich überall die verhängnisvollen Wirkungen des waffenstillen Bürgerkrieges. Auch die Siegerstaaten vermögen sich ihnen nicht zu entziehen. Die gegenwärtige Lage der mitteleuropäischen Länder zeigt den Siegern ihre eigene Zukunft.

Deutschland.

Technische Nothilfe gegen den Landarbeiterstreik.

Moskau, 4. März. Im Landarbeiterstreik hat auf einer Reihe von Gütern die technische Nothilfe eingreifen müssen, da auf zehn Gütern die Nothstandsarbeiten durch die Ausständigen verweigert wurden. Daraufhin wurden auf sechs Gütern die Nothstandsarbeiten von den Ausständigen selbst wieder aufgenommen.

Der Kaufpreis für die Staatsbahnen.

Wie den Leipziger Neuesten Nachrichten aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, zählt das Reich an sämtliche Bundesstaaten für die Uebernahme der Eisenbahnen einen Kaufpreis von 42 Milliarden Mark, der allerdings nicht als Kapital, sondern als ewige Rente ausgezahlt werden soll.

Uebernahme der Wasserstraßen in die Reichsverwaltung.

In Bismarck fanden vertrauliche Besprechungen über den Uebergang der Wasserstraßen in die Reichsverwaltung statt. Die gemeinsame Konferenz der Länder und des Reiches stimmte dem Vorschlag des Reiches zu, daß die Kosten der laufenden Unterhaltung der Wasserstraßen, soweit sie auf das Reich übergehen, von den Reichsmitgliedern übernommen werden, ohne daß die Länder hierfür eine Entschädigung an das Reich zu zahlen haben.

Die bairischen Demokraten gegen Erzberger.

Die demokratische Fraktion Bayerns hat dem Parteivorstand in Berlin zur Kenntnis gebracht, daß die bairische Parteileitung und Fraktion Erzberger als Minister weiter für unmöglich hält und gegen seinen Wiedereintritt in das Kabinett schärfsten Widerspruch erheben muß.

Rückkehr deutscher Gefangener aus Rußland.

Die Reichsgrenzstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß der erste Transport aus Sowjetrußland mit 600 heimkehrenden Invaliden, sowie Frauen und Kindern bereits an der Demarkationslinie übernommen wurde. Das Eintreffen des Transportes in Deutschland kann in den nächsten Tagen erwartet werden.

Aufnahme in den Saarstaat wünscht nach einer Meldung aus Saarbrücken die pfälzischen Gemeinden Erbach, Reiskirchen, Sandhof und Bruchhof. Sie haben ein entsprechendes Gesuch an die Grenzkommission gerichtet.

Palmer, Präsidentschaftskandidat. Der Justizsekretär Palmer hat die ihm von der demokratischen Partei angebotene Kandidatur als Präsident der Vereinigten Staaten angenommen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Praktische Arbeit für den Völkerbund.

Die schweizerische Sozialdemokratie fordert unter Hinweis auf die ausdrücklichen Versprechungen der Entente für die Zeit nach Beendigung der Kriegerüstung in Ungarn vom Völkerbund, daß er den Kreuzen der ungarischen Reaktion Einhalt gebiete.

In Italien veranstalteten die Sozialisten große Massenkundgebungen gegen die ungarischen Mordgeiseln.

Für und wider den Völkerbund.

Der schweizerische Nationalrat genehmigte mit 116 gegen 56 Stimmen den Bundesbeschluss, betreffend den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund. Die Amerika-Klausel wurde fallen gelassen. Dagegen stimmten geschlossen die Sozialdemokraten, sowie einige Birgerliche.

Der amerikanische Senat nahm mit 58 gegen 25 Stimmen den Vorschlag des Senators Lodge an, nach dem die Vereinigten Staaten selbst entscheiden sollen, auf welche inneren Fragen sich die Jurisdiktion des Völkerbundes erstrecken soll. Man hält den Friedensvertrag dadurch für gefährdet, weil der Präsident erklärt hat, ihn in dieser Form nicht anzunehmen.

In Christiana forderte eine Massenversammlung die Entscheidung über den Beitritt zum Völkerbund durch eine Volksabstimmung.

Schwedens Beitritt zum Völkerbund.

Rosenhagen, 5. März. Schwedische Blätter zufolge wurde nach lebhafter Erörterung in letzter Nacht mit 159 gegen 67 Stimmen der Beitritt Schwedens zum Völkerbund beschlossen. Man erwartet den Rücktritt der Regierung. Die verlorene, wird u. a. Staatsminister Wranting Mitglied des neuen Kabinetts sein.

Englische Hilfe für Deutschland?

Paris, 4. März. Der neuernannte englische Vorkonsul in Washington, Sir A. L. G. C. O. D. S., erklärte dem Londoner Korrespondenten der Chicago Tribune, England werde bei der Friedenskonferenz die absolute Notwendigkeit betonen, Deutschland zu helfen, sich wieder emporzurheben. Es werde Deutschland eine Anleihe bewilligen, damit es seinen Verpflichtungen nachkommen könne.

Die Nahrungsmittelieferungen an Deutschland.

Senator Low teilte im englischen Unterhause mit, daß der Wert der Lebensmittel, die Deutschland bezog und deren Lieferung bereits durchgeföhrt wurde, bis zum 18. Februar 15 149 077 Pfund Sterling betragen habe, während sich der Wert der laut Kontrakt noch zu liefernden Lebensmittel zu demselben Zeitpunkt auf 655 478 Pfund Sterling belaufe.

Wiedereinführung der Brotkarten in Frankreich?

Die landwirtschaftliche Gruppe des Senats hat den Antrag eingebracht, in Frankreich die Brotkarte wieder einzuföhren. — Wäleran erklärte Pressevertretern, die Einschränkungen in der Lebensmittelversorgung die schon vor dem Eisenbahnerstreik in Aussicht genommen waren, müßten aufrechterhalten bleiben, weil die Lagerbestände abgenommen hätten.

Ein offizieller Antrag auf Revision des ungarischen Friedensvertrages.

Paris, 4. März. Wie Vertinax im Echo de Paris aus London meldet, stellt der italienische Ministerpräsident Nitti den formellen Antrag, den ungarischen Friedensvertrag umzukündern. Die drei Millionen Magyaren auf halbslawischem, rumänischem und tschecho-slowakischem Gebiet müßten Ungarn zugesprochen werden. Vertinax meint, Lloyd George teile die Ansicht seines italienischen Kollegen. Vertinax ist unzufrieden, denn er glaubt, durch eine derartige Politik zerlöse man mit eigenen Händen das Werk, das in Paris seit mehr als einem Jahre aufgerichtet sei.

Der Oberste Rat über die russisch-rumänische Friedensfrage.

Wie die Neue Courant aus London meldet, teilte Lloyd George im Unterhause mit, der Oberste Rat habe mit dem rumänischen Premierminister über die Zukunft Beharrens verhandelt. Die russische Sowjetregierung verführe mit der rumänischen Regierung zwecks Regelung der beharrlichen Frage und Einleitung von Friedensverhandlungen Verbindungen aufzunehmen. Die englische Regierung hat gegenüber Rumänien dieselbe Haltung wie gegenüber Polen, und den Offizieren eingenommen.

Die Abrüstung in der Theorie und der Praxis.

Im französischen Senat sagte bei den Erörterungen über die Einberufung der Jahressklasse 1920 der Generalberichterstatter Doumer, daß Frankreich — ohne seine effektiven Bestände herabzusetzen zu wollen, solange der Friedensvertrag noch nicht ausgeföhrt sei — zur Friedensorganisation Hindernisse nicht aufstellen dürfe, um dem Militärregiment ein Ende zu machen. Der Minister bestätigte, daß in drei Monaten den Kammern eine endgültige Gesetzentwurf vorgelegt werden wird. Darauf nahm der Senat den Entwurf über die Einberufung der Jahressklasse 1920 an.

Anerkennung Albanens durch England.

Dem italienischen Ministerpräsidenten Salvanostan wurde bei seiner letzten Anwesenheit in London eröffnet, daß England Albanen nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung anerkennen werde. Die Wahlen zur Nationalversammlung finden Mitte April statt. Der Zusammentritt wird Anfang Mai erfolgen.

Die türkische Frage.

Das Meistersche Bureau erklärt, daß die Türkei in Zukunft keine eigene Kriegsstärke halten dürfe. Nach den Absichten des Obersten Rats werde die Bevölkerung des türkischen Gebiets die Bevölkerung der Türkei von 20 auf 8 Millionen vermindern. Die der Türkei genommenen Gebiete würden vielleicht zur Uebernahme eines Teils der türkischen Schuld herangezogen werden.

Nationalistische Treibereten in der Türkei.

Nach einer Meldung aus Konstantinopel vertreten die nationalistischen Führer und die von ihnen beherrschten parlamentarischen Kreise die Auffassung, daß nur ein bewaffneter Widerstand die Entente dazu bringen werde, die Lebensnotwendigkeiten der Türkei anzuerkennen und einen verhältnismäßigen Anteil an den Gütern zu geben. Die Regierung verführe verneinlich, die Ruhe wiederherzustellen. Die Mehrheit des Parlaments bleibt allen Mahnungen zur Vorsicht abgeneigt. Die Regierung hat Mustafa Kemal Pascha zu versetzen gegeben, er werde die Herbeiföhung des Friedens verhindern, wenn er dem Blutergießen nicht ein Ende bereite. Mustafa Kemal Pascha antwortete, daß er den Kampf fortsetzen werde, um zu zeigen, daß die Türkei ihr Recht mit den Waffen verteidigen könne und müsse.

Vernichtung eines Denkinischen Armeekorps.

Englische Blätter veröffentlichen eine Neutermeldung aus Moskau, nach der an der nördlichen Kaukasusfront ein Denkinisches Armeekorps vollständig vernichtet wurde. Denkin sei auf einer Kubanbahnlinie in eine Ruhestätte geraten.

Sowjetwahlen in Moskau.

Seltingford, 5. März. (Davas.) Die Sowjetwahlen in Moskau für 1481 Sitze ergaben für die Kommunisten 50 Prozent der Sitze. Die Menschewiki erhielten 48 und die Unabhängigen 121 Mandate.

Neue deutschfeindliche Demonstrationen in Bräun.

Wiener Blätter melden aus Bräun, daß es dort gestern abend zu neuen deutschfeindlichen Kundgebungen vor dem Deutschen Hause kam. Obwohl eine Versammlung der Deutschen aus Sicherheitsgründen verboten worden war, versammelten sich vor dem Hause zahlreiche Tschechen und mißhandelten die Deutschen. Missete und Polizei säuberten den Platz.

Nahrungsmittelunruhen in Olmütz.

Wien, 4. März. In Olmütz kam es gestern nachmittag zu Lebensmittelunruhen. Die vier größten Lebensmittelgeschäfte der Stadt wurden geplündert. Erst gegen Abend gelang es nach Befreiung von 80 Personen, die Ruhe wieder herzustellen.

Das Frauenwahlrecht für die belgischen Gemeindeparlamente.

Die belgische Kammer hat mit 120 gegen 87 Stimmen beschlossen, allen belgischen Bürgern ohne Unterschied des Geschlechts das Wahlrecht für die Gemeindevahlen einzuräumen.

Ein irischer Ueberfall.

London, 4. März. (Z. U.) Aus Dublin wird gemeldet: Eine etwa 12 Mann starke Bande, bewaffnet und bewaffnet, raubte gestern den Postwagen der Regierung aus und erbeutete eine große Menge von Briefen, die an die amtlichen Stellen und den Bischof von Irland gerichtet waren.

Keine bedingungslosen Ausweisungen aus Ostafrika.

Wolffs Bureau meldet: Die in letzter Zeit verbreiteten Presse-meldungen über die restlose Ausrottung allen Deutschums in Ostafrika sind, nach neueren im Reichskolonialministerium vorliegenden Nachrichten, in dieser Weise nicht zutreffend. Die englische Regierung hat als Mandatarstaat zwar in Dar es Salaam eine Proklamation erlassen, wonach bis zum 31. März 1920 alle feindlichen Untertanen die Kolonie zu verlassen haben. Gleichzeitig wurde aber bestimmt, daß Aufenthaltserlaubnisse erteilt werden können.

Kanada macht sich immer selbständiger.

Die Waller Nationalzeitung meldet aus Ottawa: Die kanadische Regierung beschloß über den Kopf der englischen Regierung hinweg in Washington eine von der Londoner Regierung ganz unabhängige diplomatische Vertretung zu errichten. Der Verkehr zwischen den Vereinigten Staaten und der kanadischen Hauptstadt Ottawa wird schon im März im vollen Umfange aufgenommen werden.

Englische Truppenentsendungen nach Sizilien.

Daily Telegraph erklärt, daß wegen der letzten Armenter-Nieder-melungen in Sizilien Truppen und Streitkräfte nach der sizilischen Küste geschickt wurden.

Nahrungsmittelrationierung in der Schweiz. Das schweizerische Ernährungsamt hat die Rationierung von Zucker für den 25. März und von Milch für den 1. April angeordnet. Eine Hilfsaktion für Deutsch-Oesterreich. Im Nationalrat machte Bundesrat Schulthess die Mitteilung, daß die Vereinigten Staaten und England den Bundesrat zur Beteiligung an einer umfassenden

Diskussion zugunsten Deutsch-Oesterreichs aufgefordert hätten. Nach der Lausanner Revue ist der Bundesrat prinzipiell entschlossen, sich an dem Unternehmen zu beteiligen.

Verständigung des österröchischen Tabakmonopols. Der Staatssekretär für Finanzen hat einer Finanzgesellschaft in Paris für eine bestimmte Zeit die ausschließliche Mission übertragen, eine internationale Gruppe zu bilden, mit der ein Vertrag über die Verwaltung des österröchischen Tabakmonopols abgeschlossen werden würde.

Räumung Ungarns durch die Rumänen. Nach dem Korrespondenz-Bureau geht die Räumung des Gebiets jenseits der Theis in voller Ordnung vor sich. Die Gerichte von Bogarom nach der Räumung der Gebiete durch die Rumänen werden als Erfindungen bezeichnet.

Ein erfolglos Revolverattentat wurde nach einer Meldung aus Budapest auf den Kriegsminister Friedrich verübt. Der Täter ist entkommen.

Gewinnbeteiligung der tschechischen Bergarbeiter. Die Nationalversammlung nahm das Gesetz an, welches den Bergarbeitern 10 Prozent vom Gewinn gewährt.

Türkisch-bolschewistische Beziehungen? Die Times melden aus Konstantinopel, daß der Adjutant Kemal Paschas und ein Offizier aus dem Stab: Mustafa Kemal Paschas bei Sewastopol verhaftet und den britischen Behörden ausgeliefert wurden. Sie hatten die Absicht, im Auftrag des islamischen Komitees in Syrien Verbindung mit den Bolschewisten aufzunehmen.

Nationalversammlung.

Berlin, 4. März 1920.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Vorlage zur Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen.

Abg. Dr. Kahl (Dtsch. Vp.) berichtet über die Verhandlungen des Verfassungsausschusses. Es handelt sich um ein sehr politisches Gesetz, um einen Bruch mit den Ueberlieferungen der Staatsrechtslehre aller Kulturvölker. Die Nationalversammlung handelt hier nicht nach steter Entscheidung, sondern unter grausamem Zwang. Uebereinstimmung herrscht darüber, daß in Leipzig nur nach deutschem Recht und nach den Grundsätzen des Völkerrechts, nicht aber nach ausländischem Recht geurteilt werden kann. Darum kann auch niemand verurteilt werden, der lediglich Befehle seiner Vorgesetzten ausgeföhrt hat.

Reichsjustizminister Schiffer: Ich teile die schweren Bedenken des Berichterstatters gegen den Gesetzentwurf. Es ist ein Schritt weiter auf dem Lebenswege, den wir zu gehen haben. Dieses Opfer ist nötig, um Schimmeres zu verhindern. Das Ausschließungsverlangen der Entente hat die durch deutsches Recht, deutsche Ehre und deutsche Billigkeit gestoppte Grenze überschritten und ist deshalb am Widerspruch des deutschen Volkes gescheitert. Wäre ein Ausgleich nicht möglich gewesen, so war der Konflikt da mit allen seinen unheilvollen Folgen. Wir hätten dem deutschen Volke nichts ersparen können. Vor diesem letzten unabwendbaren mußte die Regierung wissen, ob nicht ein Ausweg vorhanden sei. Die Grundgesetze des Reiches werden durch die Autorität unseres Reichsgeschichts eine wertvolle Bestätigung erfahren.

Abg. Dr. Quast (Soz.): Wir stimmen dem Gesetz zu und lehnen den deutschnationalen Antrag, wonach in Fällen früherer Freisprechung nur dann ein Wiederaufnahmeverfahren zulässig sein soll, wenn neue Tatsachen vorliegen, ab, weil er keine lokale Erfüllung der Verpflichtungen sein würde. Wir erwarten nun aber auch eine Verurteilung der Kriegsverbrecher auf der anderen Seite. Abg. Burzage (Zentr.): Wir flügen uns dem Zwange, der eine Folge des verlorenen Krieges ist.

Abg. Jall (Dem.): Die Regierung hat in der Auslieferungsforderung einen großen Erfolg erzielt. Es ist gelungen, die Auslieferung zu beschleunigen. Wir haben Vertrauen zu dem Reichsgericht und stimmen der Vorlage zu.

Abg. Seger (Unabh.): Der Gesetzentwurf müßte noch weiter gehen und nicht nur die Personen erfassen, die von der Entente zur Auslieferung verlangt werden, sondern alle, die im Kriege Verbrechen begangen haben. Wir erheben diese Forderung, die wir immer vertreten haben, nicht insofern der Gewalt der Entente, sondern um dem beleidigten Reichsgesicht zu genügen. Die Regierung hätte der Ententeorderung unbedingt zuvorkommen müssen, indem sie schon vorher das Verbrechen gegen Kriegsverbrecher durchgeföhrt hätte. Unrichtig ist es auch von der Entente, zu behaupten, daß das Auslieferungsvorhaben der Entente kein Beispiel in der Geschichte habe. Ein viel größerer als alle, die heute auf der Welt stehen, mußte einst ausgeliefert werden. Solange gegen die eigenen Volksgenossen mit der Todesstrafe vorgegangen wird, können wir die moralische Entrüstung im Hause nicht teilen. (Beifall bei den Unabh.)

Abg. Dr. Kahl (Dtsch. Vp.): Niemandem auf der Rechten ist es eingefallen, die jetzige Staatsform herabzusetzen. Wir halten aber die monarchische für besser.

Abg. Warmuth (Deutschnat.): Wir haben nicht notwendig über das hinausgehen, was das Strafgesetzbuch vorschreibt. Ein Wiederaufnahmeverfahren muß zulässig sein. Die Veränderungen anträge werden abgelehnt. Die Vorlage wird darauf in zweiter Lesung unverändert angenommen.

Es folgt die wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses angeordnete Abstimmung über § 12 des Reichssteuergesetzes. Danach gelten als steuerbares Einkommen nicht die Gewinne, die durch Veräußerung von Grundstücken erzielt worden sind, es sei denn, daß die Grundstücke erst in den letzten zehn Jahren erworben sind. Die Rechte beantragt, diese Frist auf fünf Jahre festzusetzen. Dieser Antrag wird abgelehnt.

Es folgt dann die zweite Lesung des Bundessteuergesetzes. Die Länder erheben Steuern von Grund-, Vermögen und von Gewerbebetrieben. Der Ausschuss hat neu bestimmt, daß Reichslandgesellschaften, die bisher Steuern erheben durften, berechtigt sind Zuschläge zu den Reichsteuern zu erheben. Die Länder und Gemeinden werden an dem Ertrag der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer mit zwei Dritteln des Einkommens beteiligt.

Abg. Simon (Soz.): Bei der fürchterlichen Finanznot müssen alle Steuern ausgeschöpft werden. Reich, Länder und Gemeinden müssen leben.

Abg. Hesse (Dem.): Der Verlust der finanziellen Selbständigkeit seit den Ländern durch das Bundessteuergesetz erleiden, bedeutet nicht nur einen Verlust an politischer Selbstständigkeit, sondern die Gefahr einer übermäßigen Zentralisierung.

Abg. Düssel (U. S.): Die Tendenz dieses Gesetzes geht auf die Befreiung der finanziellen Selbstständigkeit der Gemeinden hinaus. Wir sehen darin eine Befreiung des Selbstverwaltungsrechtes. Das Haus verurteilt sich.

Freitag, 1. März. Anfragen, 3. Lesung des Gesetzes über die Verfassung der Kriegsvergehen, Weiterberatung. Schluß 6 Uhr.

Von Nah und Fern.

Explosion eines Pulvermagazins. Bei einem verlustigen Eindruck in das Pulvermagazin in Burg bei Magdeburg entstand eine Explosion, die das Magazin vollständig vernichtete. Einer der Diöbe fand dabei seine Tod, einer wurde schwer verletzt, von dem dritten fehlt bis jetzt jede Spur.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Fleischer in Leipzig. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Friedrich Viller, Vordorfer-Verlag. Druck und Verlag: Leipziger Anzeiger-Verlag Aktiengesellschaft, Leipzig. Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Waldhof. Vormittags von 9 bis 12 Uhr Ausgabe von Plod...
hergestellt aus außerordentlichem Hirscheis. Die Ausgabe
erfolgt auf die letzte Haushaltkarte, der Preis beträgt 5 Mk. für
ein halbes Pfund, Familien bis zu drei Personen erhalten ein
halbes Pfund, die übrigen ein Pfund.

Lebensmittellisten für Sonnabend, den 6. März.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Kartoffeln: Letzter Tag — abzugeben Kartoffel-
marken P 1/1 und Kartoffelmarken P 9 für 6 bis 12 März
drei Pfund Kartoffeln und 200 Gramm Roggen- oder Weizenmehl.
Fleisch: abzugeben P 1—10, F 1—5.
Butter und Inlandmargarine: Letzter Tag — abzugeben
landesheimische K (40 Gramm Butter und 80 Gramm Inland-
margarine); Heimische 12 für Kriegsfangene (50 Gramm Mar-
garine); Sonderbuttermarken 80.
Quark oder Käse: Letzter Tag — abzugeben Marken 19 und 20
er Landesheimische für Magermilch, Quark und Käse.
Ausgabe. Fleisch: besteht mit D 1—10 (120 Gramm Gefrier-
schinken und 50 Gramm Wurst); D 1—5 (90 Gramm Gefrier-
schinken mit Knochen); D 1—6 (Kranke, 125 Gramm beschicken).

Für Händler.

Rundhohl: Warenentnahme in den sechs Lagerhallen.

Polizeinachtichten.

Wer kennt die Tote? Eine am 8. d. M. früh in der 4. Stunde
mit dem von Halle eingelassenen Sonderzuge auf dem hiesigen
Hauptbahnhofe angekommenen unbekannte, anscheinend den besseren
Ständen angehörende Frau, ist kurz nach Verlassen des Wagen-
abteils plötzlich umgefallen und kurze Zeit darauf, ohne das Be-
wusstsein wiedererlangt zu haben, gestorben. Die Tote wurde nach
dem Institut für gerichtliche Medizin gebracht. Sie ist etwa 25 bis
30 Jahre alt, 1,60 bis 1,65 m groß, unterlegt, gut genährt, hat
blondes Haar und war bekleidet mit schwarzem Jackett, schwarzem
Rock und Unterrock, welcher ungeheurer Pelzwädicke, grauem
Rost, braunen Strümpfen, braunen Halbschuhen, zofalarbigen
Strümpfbändern und trug schwarz überzogenen Strohhut mit weißem
Band, in dem sich die Beschriftung der Firma Emma Rater,
Leipzig-Kleiststr. 84, befindet. An der linken Hand
ragt die Tote einen goldenen Ring mit blauem Stein und einen
Trauring, gestempelt A. Z. 535 und W. D. und G. D. graviert. Nach
der Aussage eines Zeugen hat die Tote eine braune Handtasche mit
eingesticktem Wuch in Besitz gehabt. Diese Gegenstände sowie
der Spiegelschrank dieses Zeugen, der dabei beifällig war, die be-
wusstlos gewordene Frau nach einer Bank auf dem Querbahnsteig
zu tragen, sind einem dabei stehenden unbekanntem Mann zum
Halt zu kommen worden, der damit schändlicherweiße Spurio ver-
schwunden ist. Wer Angaben zur Ermittlung der Toten machen
kann, wolle dies schleunigst bei der nächsten Polizeiwache oder beim
Polizeiamt, Wächterstr. 5, zu P. R. VI. 354 tun.

Mord- und Selbstmordversuch auf offener Straße. Am Mitt-
woch, abends gegen 8 Uhr, hat in der Wahlmannstraße ein
33jähriger Bäcker seiner Ehefrau, mit der er erst seit Mitte No-
vember v. J. verheiratet ist und von der er schon seit einiger Zeit
wieder getrennt lebt, nahe ihrer in der Brandenburgerstraße ge-
legenen Wohnung aufzulaufen und von hinten aus nächster Nähe
mehrere Schüsse auf sie abzugeben. Einer davon durch-
bohrte den Oberkörper der Frau, so daß sie nach wenigen Schritten
zusammenbrach und schwerverletzt nach dem Krankenhaus St. Jakob
übergeführt werden mußte. Unmittelbar danach schloß sich der Täter
selbst eine Kugel durch den Kopf; schwerverletzt stürzte er zu Boden,
wo ihn durch die Schloberer aufmerksam gewordene Passanten auf-
hoben, die dann auch seine Ueberführung nach dem gleichen Kranken-
haus veranlaßten. Der Zustand der bedauernswerten Frau ist
sehr bedenklich, der ihres Mannes, dem die Kugel den Kopf platzt
durchschlagen hat, ebenfalls. Das Motiv der unseligen Tat ist noch
nicht völlig aufgeklärt. Aus einer Postkarte, welche die Frau am
Morgen des 3. von ihrem Mann erhalten hatte, ging dessen un-
geklärte Absicht hervor, freiwillig aus dem Leben zu scheiden, da er
ohne seine Frau nicht länger leben könnte.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Menschenfreundliche Bandbreite.

Man schreibt uns:
Vor einigen Tagen gelang es dem Arbeiterrat der Amtshaupt-
mannschaft, bei dem Gutbesitzer Edwin Arnold in Neßbach einen
Posten Getreide, 15 Zentner Weizen und 15 Zentner Roggen, in
einer Scheune unter 5 bis 6 Fuß hohen Strohdach ausfindig zu
machen. Bei dieser Gelegenheit brachte Herr Arnold zum Ausdruck,
daß das Getreide gemäht wurde, er wolle aber nicht den Verdacht
machen. Er habe das Getreide verkauft, um bessere Preise dafür zu
erzielen. Den landwirtschaftlichen Arbeitern gegenüber wurde er-
klärt, daß es ihnen zuzugute gelte, um ihnen mehr zu essen geben zu
können. Bei demselben Gutbesitzer konnten jetzt die Reste eines in
voriger Woche schwarzgeschlachteten Schweins, ungefähr 80 bis 70
Pfund, beschlagnahmt werden. Von einem am Sonnabend, dem
21. Februar, ebenfalls schwarzgeschlachteten Kalb war nichts mehr
vorhanden. Die Arbeiter werden es unmöglich bis zum 28. Februar
ausgesprochen haben, aber den Fremden, die es auf dem Schei-
denwege zu nehmen bekommen, werden sich daran zu tun,
wenn ihnen die Preise, die aber bei diesen Zeiten keine Rolle spie-
len, nicht den Appetit verderben. Beschlachtet wurden die Tiere in
dem Geschäft des letzten Gutbesitzer, früheren Fleischermeisters
Meergut aus Kleinböhmer, der, obwohl vom Gutbesitzer Arnold
alles zugewiesen wurde, alles ablegte.
Daß diese Fälle nicht vereinzelt dastehen, ist allgemein. Nur
die Behörden und ihre Organe finden und sehen sie nicht, wenn sie
nicht dazu gedrängt werden.

Zum Beweis dafür sei folgendes bemerkt: Als die oben ge-
schilderte Schwarzschlachtungen der Weibchen gemeldet wurde, hatte
die Gendarmerie keine Zeit, die Angelegenheit sofort zu untersuchen.
Erst nach einem Zeitraum, in dem ganz Neßbach gewarnt sein konnte,
hatte der Gendarm Zeit. Als aber vom Arbeiterrat erklärt wurde,
daß die Angelegenheit sofort untersucht würde, hatte auch der Gen-
darm Zeit. Sollte der Arbeiterrat gewarnt wäre es unmöglich ge-
wesen, eine weitere Bestimmung zu machen. In einem Gehöft wurde
geschlachtet, und zwar ordnungsgemäß angemeldet mit einem
Schlachtweg von 55 Kilogramm; festgestellt wurden mindestens
50 Kilogramm.

Die Beschwerden der Polizei, daß sie von Schleimhändlern und
Schleibern geradezu ausgeplündert werden, wenn sie Anzeigen machen,
klingen sich immer mehr. Und das ist kein Wunder. Wenn die
Schleimhändler und Schleiber mit 20—30, höchstens 50 Mk. bestraft
werden, empfinden sie das nicht als Strafe. Behörden und Gerichte
verlangen vollständig im Rampen gegen die saubere Arbeit der Volks-
beiträge. Um so notwendiger ist eine Kontrolle durch die Bevölke-
rung selbst. Der Arbeiterrat der Amtshauptmannschaft erkläre alle
Arbeiter, Parteigenossen und Funktionäre, um ihre Wahrnehmungen
über etwaige Unregelmäßigkeiten mitzuteilen, damit er die Mög-
lichkeit hat, die Behörden immer erneut auf ihre Pflichten hinzu-
weisen.

Bezirksverband Grimma.

Freitag und Sonnabend, den 5. und 6. März 1920, kommen
75 Gramm Fleisch und 75 Gramm ausländisches Weizenmehl —
für Kinder je 25 Gramm — zur Verteilung.
Der Preis für das ausländische Weizenmehl beträgt für 75
Gramm 1,30 Mk. und für 25 Gramm 0,50 Wk.

Buckelhausen. Gemeinderatsbericht. Der Erhöhung
des Ruhegehalts der pensionierten Gehamme auf das Doppelte (175
Mk. monatlich) wird einstimmig zugebilligt. — Das Gehalt des

Konsumvereins T. Plagwitz um Zulassung zum **Brannweinhandel**
wird einstimmig genehmigt. — Zur Erhöhung der Erwerbslosen-
unterstützung liegen Bedenken seitens der Amtshauptmannschaft
nicht vor, doch soll zur einheitlichen Regelung im Bezirk Volkshausen
mit hinzugezogen werden. — Einstimmig wird die Anstellung des
Herrn Dr. Pöhlgen als Amtsarzt, da dieser auch als Schularzt in
Frage kommt, trotz Einwendungen der Amtshauptmannschaft, be-
schlossen. — Ein Antrag Volkshausen auf gemeinsame Anstellung der
Pflegerin Frä. Fuchs wird abgelehnt. — Zur Kinder-Heilanstalt
sind trotz der Ausschreibung nur 8 Kinder gemeldet. Meldungen
werden noch entgegengenommen. — Rohle und Holz soll zum bis-
herigen Preise an die Einwohner abgegeben werden und event.
Verlust durch die Allgemeinheit getragen werden.

Enthra. Gemeinderatsitzung am 27. Februar. An
Bezirkssteuern aus 1. Vierteljahr 1920 sind 3555 Mk. zu zahlen.
Der Gaspreis ist von 05 auf 80 Wk. für den Kubikmeter erhöht
worden. — Von der testamentarischen Bestimmung der verstorbenen
Frau Renate verm. Schellbach, nach welcher der Gemeinde ein Betrag
in Höhe von 4500 Mk., über dessen Zinsen frei verfügt werden
kann, vermachung worden ist, wird Kenntnis genommen. — Zum Ge-
suche der Freiwilligen Feuerwehr um Befreiung von der Zahlung
der Erlaubnisgebühren für ein Tankvermögen wird entsprochen. —
Ein erneutes Gesuch eines hiesigen Handelsmannes um postweise
Befreiung des mit Obstbäumen bestandenen Gartens am Spritzen-
haus wird abgelehnt. — In der kritischen Anwesenheit mit der
Rittergutsheerrschaft, den Zugangsweg zum Schloßgarten betreffend,
hat der Vorstands Schritte unternommen, die Sache auf gutlichem
Wege beizulegen. Wenn dies jedoch erfolglos bleiben sollte, so will
man der Entscheidung im Zivilprozeßweg entgegenstehen. — Die
Verteilung des der Gemeinde zugewiesenen Schenkvermögens aus Alts-
material für Kinder soll durch die Gemeinde selbst erfolgen und
sogar dergestalt, daß vor allen Dingen die Kinder von Kriegs-
waisen und anderen Familien bedacht werden. — Infolge
normaler Inflation wird die Aufstellung eines Nachtrags zur
hiesigen Steuerordnung, die Erhebung eines Zuschlages zur Grund-
erwerbsteuer nach 1% der Kaufsumme beschlossen. — Ueber die
Anstellung einer Gemeindefachwerker wird eine längere Aussprache
herbeigeführt. In dieser erkennt man allgemein das Bedürfnis an
und man wird sich dahin einig, diese nur für den hiesigen Ort, da
es gemeindefachwerker mit Vorrang nicht rarum erheben, anzustellen.
Die hierzu erforderlichen Schritte überläßt man dem Ausschusse der
bevorstehenden 12 Jahren bestehenden freiwilligen Gemeindefachwer-
kerei. — Auf Vorschlag des Finanzausschusses werden den Ge-
meindebeamten, Angestellten und Arbeitern Steuerzuschläge auf die
Zeit von Januar bis März nach den staatlichen Sätzen be-
willigt und die in Verbindung eines Nachtrags zur Sparstellenordnung,
die Erhöhung der Höchstgrenze der einzelnen Einlegergehälter be-
treffend, beschlossen.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus der Volkshammer.

(Das religiöse Erziehungswesen.)

Der Volkskammer war vor kurzem ein Gesetzentwurf über das reli-
giöse Erziehungswesen vorgelegt worden, der gestern im Plenum
vorgetragen wurde. Die Vorlage geht davon aus, daß die bisherige,
auf einem Gesetz von 1888 beruhende Bestimmung, wonach Eltern,
die beide einer Kirchengemeinschaft angehören, nicht das Recht
haben, ihre Kinder in einem anderen Bekenntnis als ihrem eigenen
erziehen zu lassen, den Grundgedanken der neuen Reichsverfassung,
Artikel 149 Abs. 2, widerspricht. Das neue Gesetz soll in § 1 die alten
Bestimmungen aufheben, während in § 2 bestimmt wird: „Die religiöse
Erziehung der Kinder, die mit dem vollendeten 14. Lebensjahre endet,
bestimmt das Erziehungsgesetz. Der Erziehungsberechtigte ist
nicht nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches.“
Der Entwurf enthält also etwas dem modernen Empfinden
ganz selbstverständliches. Trotzdem, oder vielmehr gerade deshalb,
sind er den Widerstand der Reichsparteien, die sich gegen ihn,
Gespensker zu sehen, wenn eine Frage auftaucht, die irgend etwas mit
der Kirche zu tun hat. Die Konkreten eine Menge fast unauflöslicher
Fälle, um darzutun, wie gefährlich und verwerflich für den einzelnen
das beschriebene Gesetz werden könne.

Herr Dr. Mandorff vertrat ganz gegen die sonstige Auf-
fassung seiner politischen Freunde den Standpunkt, daß die Kinder
auch Staatsbürger seien, die der Staat schützen müsse, auch gegen
den Willen der Eltern. Beim Lebensanfangsrecht bliebe
ganz anders. Da wurde es als eine unerhörte Verletzung der
Gesetze bezeichnet, daß sich der Staat anmische, in das Erziehungswesen
der Eltern einzugreifen.

Auch Herr Dr. Koller hatte große Bedenken. Vor allem des-
wegen, weil die Rechte der Frauen, die er zum entscheidenden Wider-
stand aufrief, so stark verletzt würden.

Genosse Müller wies demgegenüber darauf hin, daß die
rechtliche Zurücksetzung der Frau auf Reichsrecht, nämlich dem Bürger-
lichen Gesetzbuch beruhe, und durch das vorliegende Spezialgesetz
gar nicht beeinträchtigt werden könne. Wir seien aber jederzeit bereit,
energisch dafür einzutreten, daß die Hälfte der Frau durch Besetzung
der betreffenden Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches
besetzt werde. Es liege also nur an den politischen Freunden
des Herrn Dr. Koller, dieses Bestreben kräftig zu unterstützen.
Müller erklärte sich mit der Tendenz des Gesetzes einverstanden,
hätte aber einige formale Bedenken, vor allem gegen den § 3, der
bestimmt: „Die bisher rechtlich abgetrennten Beträge über
die religiöse Erziehung der Kinder bleiben unberührt.“ Dann aber
weiter sagt: „Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unter-
richts hat jedoch den Erziehungsberechtigten auf Antrag von dem
Vertrage zu befreien.“ Die Regierung sagt in ihrer Begründung
selbst, daß der Vertrag auf Antrag gelöst werden muß, da die Ver-
träge an sich durch das neue Recht aufgehoben werden. Der § 3
bedeutet also nur eine Vereinfachung dieses klaren Sachverhalts und
schafft eine ganz unnötige Schere und Befreiung der Kinder. Der
Rechtliche würde sich diesen Bedenken an. Auf unsern
Antrag wurde die Vorlage dem Rechtsausschuß zur Weiterberatung
überwiesen.

Beitragung der Länder und Gemeinden am Entzage der Reichsteuern.

Aus der Staatskanzlei wird mitgeteilt: Im Reichsteu-
er- und Finanzgesetz vom 1. März 1920, § 1, wird eine Aus-
scheidung der Reichsteuern an die Länder und Gemeinden auf dem vom
10. Ausschuss der Nationalversammlung geplanten Ertragssteu-
er § 57 des Entwurfs zum Bundessteuergesetz, nach
Änderungen der Vorschriften über die Beitragung der Länder
und Gemeinden am Entzage von Reichsteuern nur unter den für
Verfassungsänderungen geltenden Voraussetzungen erfolgen sollen.
Die Vertreter einer Fraktion erklärten, daß sie für ihre Fraktion
heute noch keine Erklärung abgeben könnten. Im übrigen war
man einmütig der Ueberzeugung, daß den Ländern und Gemeinden
unbedingt ein bestimmter Anteil am Entzage der Reichsteuern
verfassungsmäßig gewährleistet sein müsse, damit sie lebensfähig
bleiben können. Der Reichsteueraus Ausschuss billigte daher den Stand-
punkt der sächsischen Regierung, daß die Streichung des § 57 des
Entwurfs des Bundessteuergesetzes für sie unannehmbar mache.

Anfragen und Entzage in der Volkshammer.

Unsere Fraktion hat in der Volkshammer folgende Interpellation
eingekragt:
„Anfang März veröffentlichte der Deutsche Eisenbahnerverband,
Ortsverband Dresden, einen Artikel, worin gegen illegale
Entlassung von Arbeitern der Eisenbahnwerk-
stätten, besonders von Betriebsfunktionären,
Beschwerden erhoben wird. Sind der Regierung die in Betracht
kommenden Verhältnisse bekannt, und welche Stellung nimmt sie
dazu ein?“
In einer kurzen Anfrage verlangt sie ferner Auskunft, ob die
Beitragung der Kohlensteuern ebenfalls sei.

Von den Deutschen Nationalen im folgenden Antrag ein-
gegangen: Die sächsische Regierung zu ersuchen, bei der Reichs-
regierung zu erwirken, daß den sächsischen Reichsteuern für
die für den Heindbund entnommenen Pferde und Rinder nicht die
niedrigen Reichsteuern, wie sie jetzt in Aussicht gestellt sind, sondern
die höchsten Reichsteuern gezahlt werden.

„Gottes Segen“, Steinkohlenbauverein zu Egan.

Nach dem Geschäftsbericht der Verwaltung betragen die Ein-
nahmen im Jahre 1919 27.408 930 Mk., Betriebs- und Handlungs-
kosten 28.883 781 Mk., Abschreibungen 1.000 000 Mk., gegen 500 000
Mk. im Vorjahr, Sonderumlagen 1.200 000 Mk. gegen 500 000
Mk. im Vorjahr.

Aus dem Reingewinn von 1.065 985 Mk. erhalten die
Prioritätsaktion je 205 Mk. pro Aktie von 300 Mk., die Stammaktien
zu 300 Mk. je 190 Mk. und die Stammaktien dritter Emission zu
1200 Mk. je 780 Mk., wie im Vorjahr.

Für die Kapitalisten ist der Betrieb der Werke also im
wahren Sinne des Wortes ein „Gottes Segen“, dessen Kosten die
Arbeiter und Konsumenten zu tragen haben. Bedarf es noch einer
Begründung des Verlangens, daß die Werke in Gemeinbesitz
überführt werden sollen, damit der reiche Segel der Allgemeinheit
ausfließt?

Reform des Verfallungsrechts.

Der Prüfungsausschuß der Volkshammer beschäftigte sich mit
einer Eingabe des Verbandes der Bäcker und Konditoren auf
Änderung der Bestimmungen über das Verfallungsrecht. Der ge-
nannte Verband wünscht, daß nicht mehr die Handwerks- oder Ge-
werkskammern und die Innungen über das Halten von Betriebs-
mitteln entscheiden sollen, sondern ein gleichmäßig aus Vertretern der Ar-
beitgeber und der Arbeitnehmer zusammengesetzter Ausschuss. Der
Prüfungsausschuß der Volkshammer war grundsätzlich mit dieser
Forderung einverstanden und beschloß kommissarische Beratung mit
der Regierung.

Der Sächsische Landeskultusausschuß.

Seiner Berufung verschoben wurde, um dem verunglückten
Wirtschaftsminister Schwarz Gelegenheit zur Teilnahme an den Ver-
sammlungen zu geben, wird in der zweiten Märzhälfte in Dresden
zusammentreten.

Planen. Ein rätselhaftes Verbrechen ist hier neuerrichtet
und einem Direktor unterstellt worden. Als Täter wurde der
Wahlkreisleiter Gewerkschaftsbeamter und Stadivordneter Ernst
Diez gewählt.

Werran. In einer hiesigen Fabrik wurden tausende schwarze
Wollstoffe gefunden, die 6 Meter lang, aus feinstem Wollestoff her-
gestellt, zum Verkauf gebracht. Wohin und wozu wohl? Tausende
proletarische Kinder laufen ohne Hemd und Strümpfe herum. Was
schadet? Die nationalen Kreise bedürfen der Fabrik zum reakti-
onären Witz. Das geht vor.

Frankenberg. Infolge der Friedensbedingungen des Versailler
Friedens muß nunmehr die Unteroffizierschule Frankenberg
aufgelöst werden.

Leipzig. Das Wirtschaftsministerium hat zur Förderung
der Volkshammer im Werraebirge 5000 Mk. genehmigt
und diese Summe dem Direktor Seifert der hiesigen Volkshammer
übergeben.

Aus den Nachbargebieten.

Religiöses Wahnwahn?

Aus dem Städtischen Falkenberg wird berichtet:
Eine Schar von Männern und Frauen sieht dem religiösen
Wahnwahn verfallen zu sein. Ein Teil der hiervon noch nicht
ergriffenen Einwohner wendet sich jetzt an die Öffentlichkeit mit der
Bitte um Hilfe, denn die Krankheit ergreift immer weitere
Kreise. Das Treiben der Leute begann damit, daß sie sich in der
Kirche unter dem Namen „Promethee“ zusammenschlossen.
Von Ablehnen der Kirche quert in der Kirche, mit dem Herrn zu
sprechen. Selbstverständlich fanden die Kirchenräume nicht weiter
zur Verfügung, als die Frömmigkeit in Wahnwahn auszuarten
drohte. Nun nahm die Kirche die Wohnung eines Wagenmeisters
Ordow zur Kirche ihres Treibens. Dies das neuerdings Formen
angenommen, die ein Einschreiten unbedingt nötig machen. Die
Angehörigen der Kirche erklären in ihrer Schwärmeri, daß es ihnen
genügen sei, die Verbindung mit dem Heiligen Geist
herzustellen. Aber nicht nur der Heilige Geist wird angebetet,
inmitten der Sektierer, auch die Geister der Verstorbenen erscheinen
in ihren Versammlungen und lehren die Leute in ihrem Tun an.
Namentlich eine Reihe von Witwen aus Falkenberg unterhalten sich
bei den Zusammenkünften mit ihren verstorbenen Männern. Die
verzerrten Gesichter dabei lassen befürchten, daß es nicht so schnell
gelingen wird, die Leute ihrem Wahnwahn zu entreißen. Die sich
ablehnen haltenden Bürger verlangen, daß sofort eingegriffen wird,
da der Kreis der Kranken zusehends wächst.

Halle. Die Stadtverordneten setzten neue Unterstützungsätze
fest. Danach sollen männliche Personen über 21 Jahre 2,20 Mark,
von 16 bis 21 Jahren 4 Mark, weibliche Personen über 21 Jahre
mit eigenem Haushalt 2,50 Mark, ohne eigenen Haushalt
3 Mark, von 16 bis 21 Jahren 2,25 Mark für jeden Wochentag
erhalten. Außerdem werden Familienzuschläge 2 Mark für den
Ehegatten und 1,50 Mark für jedes Kind gezahlt. Weiter, die in
einen Beruf einsteigenden, in dem sie zunächst erlernt müssen und
darum schlechter bezahlt werden, sollen sechs Wochen lang Zuschüsse
bis zur Höhe der vollen Erwerbslosenunterstützung und außerdem
eine Mark pro Tag erhalten. Mitgeteilt wurde, daß Halle nur
10 Arbeitslose zähle; die größte Zahl um die Weihnachtszeit be-
trug annähernd 500.

Musfeld. Die Stadt ist infolge Kohlenmangel seit Sonn-
abend, den 28. Februar, ohne Gas. Die seit Monaten beschlossene
Einrichtung einer Gastkolkanlage ist noch immer nicht erfolgt, weil
die Lieferung bisher unterblieben ist. — Auf der Mariengrube
verunglückte zwei jüngere Bergarbeiter aus Kriebitz infolge
eigener Unvorsicht seit durch Sobergistung tödlich.

Gewerkschaftsbewegung.

Antionistische Sprengkolonnen.

Unsere Fraktion hat in der Volkshammer folgende Interpellation
eingekragt:
„Anfang März veröffentlichte der Deutsche Eisenbahnerverband,
Ortsverband Dresden, einen Artikel, worin gegen illegale
Entlassung von Arbeitern der Eisenbahnwerk-
stätten, besonders von Betriebsfunktionären,
Beschwerden erhoben wird. Sind der Regierung die in Betracht
kommenden Verhältnisse bekannt, und welche Stellung nimmt sie
dazu ein?“
In einer kurzen Anfrage verlangt sie ferner Auskunft, ob die
Beitragung der Kohlensteuern ebenfalls sei.

Die für Sonnabendnachmittag vom Arbeiterrat der N. O. Werra
einberufene Verstarbeiterversammlung zeigte wieder recht deutlich,
welchen Zweck die sogenannte „Vorkriegsorganisation“
verfolgt. Die Versammlung war in der Hauptsache besprochen ein-
berufen, um Bericht über die am Dienstag, dem 3. Februar, in Ham-
burg mit den Werkstätten geprüften Verhandlungen zu geben.
Beider war die Versammlung nur von ca. 6—700 Mann besucht,
was wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß man den Sonn-
abend als Versammlungstag genommen hatte, und andererseits einem
großen Teil der Arbeiter das Ergebnis schon bekannt war.
Nach Eröffnung der Versammlung wurde ein Antrag auf Ver-
tagung eingebracht, dieser wurde jedoch abgelehnt. Sofort setzte ein
Ausschuß der antionistischen Sprengkolonne ein, denn diese ist immer
vertreten. Es soll bei dieser Gelegenheit besonders darauf hinge-
wiesen werden, daß auch in dieser Versammlung es wieder die waren
die sich am stärksten im Spreien und Reden betätigten, die die

Reichskonferenz der Gemeindeverreter der U. S. P. D.

Am an das Referat des Genossen Henke schloß sich eine ebenso reichhaltige wie interessante Diskussion. Verschiedene Redner haben die guten Erfahrungen hervor...

Zu seinem Schlusswort ging Genosse Henke auf die Ausführungen der Redner ein und stellte fest, daß er von dem Genossen Stoeker mitbestimmt worden sei...

Der Konferenz lagen folgende drei Resolutionen vor:

I. Die Reichskonferenz der Gemeindeverreter der U. S. P. D. stellt mit Entschiedenheit fest, daß der im März 1919 von der Sozialisationskommission vorgelegte Entwurf zu einem Rahmengesetz über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben noch immer nicht als Gesetzesvorlage an die Nationalversammlung gelangt ist...

II. Die Reichskonferenz der Gemeindeverreter der U. S. P. D. in Berlin protestiert entschieden gegen die die große Masse der Arbeiterbevölkerung insofern der niedrigen Festsetzung des steuerfreien Existenzminimums hart treffende Steuerpolitik...

III. Die Reichskonferenz protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die von der preussischen Regierung geplante Gemeindeverfassung, die das Magistratsystem verewigen will, anstatt endlich die alle Förderung der Sozialdemokratie nach dem Einkammersystem durchzuführen...

Unter Vorsitz des Genossen Henke wurden die Beschlüsse der Konferenz auf Erziehung einer Wählerprüfungskommission. Der Vorsitzende Genosse Crispian sagte zu, daß der Vorstand sich um diese Angelegenheit kümmern werde...

...it werden. Die Zentrale werde Hand in Hand mit dem kommunalpolitischen Beirat ein kommunalpolitisches Programm schaffen, und alle Anregungen und Wünsche sollten ihm zugesandt werden.

Der Prozeß Erzberger - Helfferich.

Im Prozeß gegen Dr. Helfferich wurden am Donnerstag die Plädoyers vorgelesen. Zunächst sprach der zweite Vertreter der Anklage, Erster Staatsanwalt v. Clausewitz. Er führte aus: Ich werde auf die zweite Hauptgruppe der Anschuldigungen eingehen, auf den Vorwurf der Unwahrscheinlichkeit...

Nach einer eingehenden Besprechung des Falles v. Pöplau kommt der Staatsanwalt zu dem Schluß, daß Helfferich mit seiner Behauptung recht gehabt hat, und daß der Wahrheitsbeweis in diesem Falle erbracht ist. Zur Steuerpolitik bemerkt er, Erzberger hat Helfferich den Vorwurf gemacht, daß er der Leichtfertigkeit aller Finanzminister sei...

Oberstaatsanwalt Krause begründet hierauf den Strafanspruch. Hinf. Beschuldigungen lese die Staatsanwaltschaft aus der Anklage her. Den Vorwurf der Verquickung politischer und wirtschaftlicher Interessen, der Unwahrscheinlichkeit der Denunziation und der Unanständigkeit...

Diese Ausführungen sind Rundgedungen der Beratung und Richtsichtung in schwerer Form. Sie sind belebend im Sinne des § 185. Es fragt sich nun, ob dem Ankläger der Schuld des § 185. Mafzuna berechtigt ist...

Die Angelegenheit der Verquickung politischer und wirtschaftlicher Interessen, der Unwahrscheinlichkeit der Denunziation und der Unanständigkeit...

...ahme des Angeklagten vollständig falsch, und ein Beweis in diesen Fällen ist ihm auch nicht gelungen. Bei der Strafmaßbestimmung ist zu berücksichtigen, daß dem Angeklagten ein großer Teil des Wahrheitsbeweises geglikt ist...

Nach einer kurzen Pause erhält der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Albers, das Wort zu folgenden Ausführungen: Ob die allerersten zu stellenden Anforderungen bei politischer Betätigung vom Nebenkläger verlegt sind, darum geht allein die Beweisführung dieses Prozesses. Um die Verquickung des Angeklagten erhobenen Vorwurfs der unzulässigen Vermischung politischer und geschäftlicher Tätigkeit nachzuweisen, lehne ich voraus: Der Beruf des Abgeordneten trägt den Charakter des öffentlichen Amtes...

Der Verteidiger geht dann auf die einzelnen Fälle der Verquickung politischer Tätigkeit und geschäftlicher Interessen ausführlich ein und erörtert zunächst den Fall Thyssen. Die Tätigkeit des Nebenklägers im Thyssenschen Konzern, so führte er aus, war in Wahrheit nichts anderes als eine Verbindung politischer Einflusses gegen Entgelt. Dafür wurde Herr Erzberger angenommen und wie ein leibselbster Agent entlohnt. In allen Fragen, die den Thyssenschen Interessenten betrafen, stellte der Nebenkläger, solange er im Aufsichtsrat war, alle politischen Bedenken zurück...

Nach Albers Rede verlegt der Vorsitzende die Sitzung auf Freitag, 12. März, um 10 Uhr. Dann wird Justizrat Dr. von Gordan, der Anwalt Erzbergers, zu Wort kommen.

Berdoppelung der Postgebühren.

Der Verkehrsbeirat hat sich in einer langen Sitzung mit dem von der Reichspostverwaltung vorgelegten neuen Gebührentarif beschäftigt. Er hat die Vorlage im wesentlichen unverständlich angenommen. Der Tarif, der den allgemeinen Postverkehr um das Doppelte, den Telephonverkehr sogar um noch mehr verteuert, sieht folgende Sätze vor:

Einfache Briefgebühr unter Postfall der Ermäßigung für den Orts- und Vorortverkehr 30 Pfg., für Doppelbriefe 50 Pfg. Paketgebühr bis 5 Kilogramm im Nachverkehr 1.25 M., (bisher 75 Pfg.); im Fernverkehr 2 M., (bisher 1.25 M.), bis 10 Kilogramm 2.50 M., (bisher 1.50 M.), bzw. 4 M., (bisher 2.50 M.), bis 15 Kilogramm 5 M., (bisher 3 M.), bzw. 8 M., (bisher 5 M.), und bis 20 Kilogramm 10 M., (bisher 4 M.) bzw. 16 M., (bisher 8 M.). Nur dringende Pakete wurde bisher eine Gebühr von 2 M. pro Paket erhoben. In Zukunft beträgt die Gebühr für diese Pakete das Dreifache der Gebühr für ein einfaches Paket...

Am Postverkehr bleibt es bei den bisherigen Gebühren. Die Gebühr für Eilbestellung wird verdoppelt. Für Pakete, die nicht spätestens am zweiten Tage abgeholt werden, wird in Zukunft eine Lagergebühr von 30 Pfg. erhoben. Der Zeitungstarif wird vollständig neu gestaltet; es wird in Zukunft für eine Nummer ein durchschnittliches Gewicht bis zu 20 Gramm 3 Pfg. erhoben, von 20 bis 50 Gramm 4 Pfg. und je ein Pfennig mehr für jede weiteren 10 Gramm.

Die Telephon- und Telegraphengebühren betragen in Zukunft das Doppelte der bisherigen. Die Jahrespauschalgebühr für Telephonanschlüsse beträgt in Zukunft bei einem Netz bis zu 50 Teilnehmer 320 M., (bisher 160 M.), bei über 50 bis zu 100 Teilnehmer 720 M., bei über 100 bis zu 200 Teilnehmer 800 M. Weiter ist beabsichtigt, da die Post nicht mehr in der Lage ist, die steigenden Unterhaltungskosten für die Telephon- und Telegraphenanschlüsse aus den laufenden Einnahmen zu decken, von jedem Fernsprechteilnehmer die Zahlung einer einmaligen Gebühr von 1000 M. für den Anschluß zu fordern...

Die beste Bekämpfung der Schundliteratur

Das Werden neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Nützliche Bekanntmachungen.

Mord.

500 Mark Belohnung!

In der Zeit vom Donnerstag, dem 20. Februar, nachts 12 Uhr, bis Freitag, dem 27. Februar 1920, vormittags 8 Uhr, ist die **Pändlerin Martha Scheide geb. Müller**, geb. am 5. Januar 1895 in Schneberg, zuletzt wohnhaft in Leipzig, Thomaskirchhof 5, III. 1., durch Messerstiche getötet worden. Die Leiche ist auf einem Felde in Sommerfeld Flur zwischen Paunsdorf und Taucha gefunden worden. Sie war bekleidet mit langem blauen schwarzfarbtem Mantel mit großen schwarzen Knöpfen, schwarzem Rock mit weißen Längsstreifen und 8 Hornknöpfen, weißer Spitzenbluse, schwarzen Strümpfen und hohen Lederstiefeln mit 5/8 cm hohen Absätzen.

Bei ihrem letzten Ausgange trug die Ermordete schwarze Samtmütze mit etwa 10 cm breitem, schwarzem Pelzstreifen und einen sehr breiten hellbraunen Kreuzfuchs mit staßblauen, großgeblühten Seidenfäden und Halsrinne, Kopf und Arme angewachsen, am Kopf eine mit Stoff bezogene Klammer zum Zusammenhalten.

Außerdem führte die Ermordete eine ältere Handtasche aus schwarzem Leder mit Lederhaken bei sich, die in der Mitte mehrmals genäht waren. Samtmütze, Kreuzfuchs und Handtasche fehlten bei Auffindung der Leiche.

Die Ermordete ist zuletzt in Begleitung eines Unbekannten gesehen worden, mit dem sie am Donnerstag, dem 20. Februar 1920, nachts 12 Uhr, am Hauptbahnhof, Sächsischer Platz, in Leipzig ein Automobil bestieg.

Der Unbekannte wird beschreiben:
Etwa 35-39 Jahre alt, auffallend, mindestens 1,80 m groß, kräftig gebaut, längliches knochiges Gesicht, dunkler Schnurrbart, bekleidet mit dunklem, weichen Filzhut, dunklen, langen Lederstiefeln, eine Aktentasche unter dem Arme tragend.

Nach den Fußspuren ist der Mörder mit der Scheide zuletzt von der von Paunsdorf nach Sommerfeld führenden Staatsstraße (Mieser Straße) bei dem Kilometerstein 4,7 links abgewandt und quer über die Felder nach Taucha zu bis zur Mordstelle gegangen. Die Fußspur des Mörders ist: 80 cm lang, hat 10 cm Ballenbreite und eine Absatzgröße 6:7 cm.

Die Sohlen müssen insbesondere an den Spitzen mit kleinen, etwas vorklebenden Nägeln oder Stiften beschlagen gewesen sein.

Alle verdächtigen Wahrnehmungen, auch die kleinsten, werden an die Sächsische Landeskriminalpolizei, Brigade Leipzig, Wächterstraße 5, oder die unterzeichnete Behörde erbeten.

Auf die Ermittlung und Ergreifung des Täters wird eine Belohnung von 500 Mk. ausgesetzt. Für den Fall, daß Mehrere zu dem Erfolge mitwirken, behält sich der Unterzeichnete vor, die Belohnung unter die Mehreren nach freiem Ermessen zu verteilen.

Leipzig, den 8. März 1920.
Der Erste Staatsanwalt.

Hohe Belohnung!

In der Zeit vom 28. v. M., abends 7 Uhr bis zum 20. v. M., nachmittags 1/5 Uhr, sind

aus einer Herberkeffle in der Altenberger Straße gestohlen worden:

- 1 zerrenneter dunkelblauer Militärmantel, 1 dunkelbraune Chafelponchede, 1 zerrenneter schwarzer Militärmantel, 4 chemisch gereinigte Bierbeden, 1 zerrenntes violettes Kostüm, 1 Sild schwarzer Plüsch, 1 schwarzgefärbtes Leinentuch, 1 zerrenneter schwarzer Militärmantel, 1 chemisch gereinigter bl. Herrenanzug, 1 zerrenneter schwarzer Damenrock, 1 zerrenneter schwarzer Militärmantel, 2 schwarze Vorder- und 1 Rückenfell, 1 dunkelblaue Wolldecke, 1 braune Decke, 1 zerrenneter dunkelbrauner Herrenüberzieher, 1 schwarze Wolldecke, 1 schwarzes Herrenmantelfutter.

Für Wiederherbeziehung des gestohlenen Gutes wird eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Sachdienliche Angaben werden von der Kriminalabteilung zu Nr. B. A. IV. 657/20 schnellstens erbeten.

Leipzig, den 4. März 1920.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Fleischbezugskarten für Gastwirte usw.

Die neuen Fleischbezugskarten für Gastwirte usw. - Buchstaben F-N - für 8 Wochen - sind Montag, den 8. März 1920, in der Bezugsstelle, Marktgrabenstr. 8, Zwischengasse, unter Vorlegung des Nachweises in folgender Ordnung zu entnehmen:

Vormittags 8 Uhr	1-500
" 9 "	501-1000
" 10 "	1001-1500
" 11 "	1501-2000
" 12 "	2001-2500
nachmittags 1 "	2501-Schluss.

Leipzig, am 5. März 1920.
St. A. R. B. Der Rat der Stadt Leipzig.

Brotmarkenabgabe der Bäcker.

XII. Nachtrag zur Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Brot und Mehl vom 18. August 1919.

Beginnend mit Marke 8 der Vorkarte 86,2, erstmalig am 8. März 1920, sind zur Erlangung eines Mehlbezugscheines über 50 Kilo Brotmehl bei der Sächsischen Mehlverteilungsgesellschaft Leipzig abzugeben:

135-Sild	1-Pfund-Brotmarken	oder
108 "	400-g "	oder
48 "	1400-g "	oder
137 "	350-g-Mehlmarken	oder
98 "	500-g "	

Abschnitt III der Bekanntmachung über Mehl- und Backwarenpreise im Stadtbezirk Leipzig vom 31. Dez. 1919 tritt am 8. März 1920 außer Kraft.
Leipzig, am 4. März 1920.
St. A. L. Der Rat der Stadt Leipzig.

Butter- und Inlandmargarine-Verteilung.

I. Verbrauchsfag.

- auf die Marke B der Landesfestkarte 86 40 g Butter und 80 g Inlandmargarine (Marke D wird nicht besteuert).
- auf die Sondermarken 89 für Kranke die aufgedruckte Menge Butter.
- auf die Fettkarte 12 der Zusatzlebensmittelliste für Kriegsgefangene 50 g Inlandmargarine.
- auf die Buttermarken B 1 und W 1 für Militä-

urlauben und Besuchsfremde je 60 g Inlandmargarine.

Die strenggläubigen Mitglieder der Israelitischen Religionsgemeinde, die berechtigt sind, rituelle Margarine zu beziehen, haben nur die 40 g Butter, und zwar mit der rechten Hälfte der Marke B, durchschnitten zwischen den 2 T des Wortes Butter, beim Butterhändler anzumelden. Die linke Hälfte der Marke B ist zum Bezuge der rituellen Margarine bei der Israelitischen Religionsgemeinde, Köhrstraße 10, I, anzumelden.

Der Preis für 40 g Butter beträgt 1,20 Mk., der Preis für 80 g Inlandmargarine 1,47 Mk., für 60 g 1,10 Mk. und für 50 g 92 Pfg. Die Kleinhandl. erhalten die Butter zum Preise von 1,41,60 Mk. (im Falle der Zufuhr 1,41,70 Mk.) und die Inlandmargarine zum Preise von 848,95 Mk. (im Falle der Zufuhr 844,95 Mk.) für den Zentner.

II. Verteilungsordnung.

Verbraucher: Abgabe der Marken unter I. 1. bis 8. beim Butterhändler bis Sonnabend, den 6. März. Legter Abholungstag Montag, den 15. März 1920.

Kleinhandl.: Bezugskartenentnahme in der Bezugsstelle, Marktgrabenstr. 8, Montag, den 8. März. Die Kleinhandl. haben den Bedarf an Butter auf dem gelben Lieferchein und den Bedarf an Inlandmargarine auf dem roten Lieferchein zu berechnen. Die eingelieferten halben Marken sind nur auf dem Lieferchein für Butter zu berechnen.

Abgabe der Butterbezugskarten B 183 und der Margarinebezugskarten M 87 nur bei den Buttergroßhändlern Montag, den 8. März.

Buttergroßhändler: Bezugskartenablieferung in der Bezugsstelle Dienstag, den 9. März. Auf die Buttermarken für Militärlieferanten und Besuchsfremde und auf die Sonderbuttermarken mit dem Aufdruck „Besuch“ ist die darauf zugeteilte Menge Butter oder Inlandmargarine ohne Voranmeldung in den Butterverkaufsstellen für Militärlieferanten und Besuchsfremde zu entnehmen.

Die Kleinhandl. haben für die Entnahme der Waren beim Großhändler geeignete Gefäße mitzubringen, soweit sie nach den Bezugsarten Mengen zu erhalten haben, die nicht in vollen Gebinden geliefert werden können.

Leipzig, am 4. März 1920.
St. A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Fleischverteilung.

Ausgabe: Am 6. März auf die Fleischmarken D 1-10 (Erwachsene), 100 g Gefrierfleisch mit Knochen und 50 g Wurst, D 1-5 (Kinder), 90 g Gefrierfleisch mit Knochen, D 1-5 (Kranke) 125 g desgleichen.

Preis: Gefrierfleisch 0,10 Mk. das Pfund (130 g 1,50 Mk., 125 g 1,50 Mk., 90 g 1,10 u. l.). Kalbfleisch, soweit solches auszugeben wird, 2,50 Mk. das Pfund (130 g 78 Pfg., 125 g 70 Pfg., 90 g 50 Pfg.).

Ausland-Wurst, in den Fleischereien mit Ausweisnummer 1-125, 6,00 Mk. das Pfund (50 g 60 Pfg.).
Fleischwurst, in all. übrigen Fleischereien, 4,70 Mk. das Pfund (50 g 47 Pfg.).
Anmeldung: Fleischmarken F bis Donnerstag, den 11. März, beim Fleischer abgeben.
Leipzig, am 4. März 1920.
St. A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Taucha.

- Bereitstellung von 80 Gramm Butter für 75 Pfg. und 70 Gramm Inlandmargarine für 1,55 Mk. für die Person.
- In den Fleischereien kommen für diese Woche 180 Gramm Gefrierfleisch zur Ausgabe. Kinder erhalten die Hälfte. Der Preis beträgt 8 Mk. für das Pfund.
- Freitag, nachmittags von 2-4 Uhr, werden im städtischen Lagerhaus gelbe Kohlrüben zum Preise von 15 Pfg. für das Pfund verkauft.
- Für die Woche vom 8.-15. März werden in den Verkaufsstellen ausgegeben: 1. auf die Allgemeine Lebensmittelliste der 2 bis 12 und der über 12 Jahre alten Personen 1. auf die Reihe G Abschnitt N 59 1/4 Pfund Graupen, 71 Pfg. f. d. Pfd., 2. auf die Reihe G Abschnitt N 60 1 Pfund Haferflocken, 2,50 Mk. f. d. Pfd., 3. auf die Reihe H Abschnitt B 30 1/2 Pfund Marmelade, 3,70 Mk. f. d. Pfd., II. auf die Reihe J Abschnitt G 30 der Allgemeinen Lebensmittelliste der 2 bis 12 Jahre alten Personen 1 Paket Zwieback, 65 Pfg. f. d. Paket.

Der Rat der Stadt Taucha.

Gemeinde-Sparkasse Liebertwolkwitz.

Unter Bürgerchaft der Gemeinde.
Einlageaufhaben: 25829418,58 Mk.,
Rücklagen: 1165000 Mk.
Sparverleih vom 1. Januar bis 30. Februar 1920: 4074 Einzahlungen im Betrage von 1049327,85 Mk., 3127 Rückzahlungen 1317781,88.
Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 3 1/2 %
Kostenlose Verwaltung und Verwaltung von Wertpapieren.
Vermittlung des An- und Verkaufs von mündel-sicherer Renten.
Geschäftszeit: Montags bis Sonnabends 9-1 Uhr.
Geschäftszeit der Zweiggeschäftsstellen:
Leipzig: Jeden Tag.
Proßkops (unmittelbar an der Haltestelle der elektrischen Straßenbahn): Jeden Tag.
Göhrna: Jeden Tag.
Zweinaundorf: Montags bis Freitags vormittags von 9-1 und nachmittags von 3-5 Uhr; Sonnabends von vormittags 9 bis nachmittags 4 Uhr.
Giro-Konto bei der Girokassa Leipzig, Neumarkt 85.
Postcheck-Konto Nr. 11480.
Die Sparkassen-Verwaltung.

Sparkasse Paunsdorf.

Kathhaus Geschäftszeit: Kathhaus
Montags bis Freitags 8-2 Uhr,
Sonnabends 8-1 Uhr.
Tägliche Verzinsung mit 3 1/2 Prozent.
Postcheckkonto Leipzig Nr. 41390.
Bankkonto bei der Allg. Deutschen Credit-anstalt, Leipzig, Girokonto Nr. 238 bei der Girokassa Leipzig, Neumarkt 35.
Fernsprecher 60367. Straßenbahn Linie 4.
Stahlschließfächer. Kontrollmarken.*

Familien-Nachrichten

Allen lieben Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter und Schwester **Hildegard Reinicke** nach langer, schwerer Krankheit im Alter von 18 Jahren sanft entschlafen ist.
Kleinziechener, Gießerstraße 70.
Familie Franz Reinicke.

Die Beerdigung findet Montag, den 8. März, um 1 Uhr auf dem Friedhof zu Kleinziechener statt.

Am 8. März, nachmittags 1/4 Uhr, entschlief sanft nach kurzem schwerem Krankenlager meine liebe Frau, meine gute Mutter

Marie Kunigunde Hübel.

Dies geht tiefbetrabt an
Vortig, den 4. 3. 20. **Emil Hübel nebst Tochter.**
Beerdigung findet Sonnabend, den 6. 3., nachm. 2 Uhr, statt.

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Vaters, Schwiegers- und Großvaters **Anton Hanefl**
sagen wir allen Freunden, Bekannten und Hausbewohnern, die seinen Sarg mit Blumen schmückten, sowie der Arbeiterchaft der Firma Leipziger Baum-wollspinneret für ihre Spende herzlichen Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Familie Wallisch.

Für die überaus herzliche Teilnahme beim Hinscheiden

unserer lieben Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante, Braut **Fräulein Martha Donner**
sprechen wir allen Beteiligten unsern tiefgefühltesten Dank aus. Dir aber, liebe Martha, rufen wir ein Ruhe sanft nach.
In tiefer Trauer:
Familie Donner, Hermann Wächter als Bräutigam.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben und un-

vergeßlichen Tochter und Schwester **Paula**
sagen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten für die aufrichtige Teilnahme und reichen Blumen-spenden unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank für die trostreichen Worte am Grabe und für den erhebenden Gesang. Dies hat unsern Herzen wohlgetan.
Dir aber, liebe Paula, rufen wir ein Ruhe sanft in dein allruhiges Grab nach.
Du starbst so jung
Du starbst so früh
Doch wir vergessen deiner nie
Leipzig-Anger, den 5. März 1920.
Die trauernden Eltern und Geschwister
Paul Klempt.

Für die diesen Beweise herrlicher Teilnahme beim Begräbnis unserer lieben Tochter

Elsa
sagen wir allen denen, die sich daran beteiligten, besonders ihren werthen Kolleginnen der Firma Mittel und Krüger, unsern herzlichsten Dank.
Leipzig-Plagwitz, Weißenseiler Straße 62. I.
Familie Berger.

Entferne Tätowierungen

ohne Stechen, ohne Schneiden, ohne Blut verlieren Sie die unsichere Zierde. Meine eigenen Hände und Arme bezeugen die Sicherheit meiner Methode. Auskunst unentgeltlich. Bei Misserfolg zahle Geld zurück. Sprezeit täglich 10 bis 6, Sonntags 10 bis 1 Uhr. Mittwoch geschlossen. **Custler**, Praktikant der Chirurgie, Leipzig-Thonberg, Reichenhainer Straße 187, I., Einte 15 und 18 bis Gut Thonberg.

In einer Stunde vertilgen Sie Kopfs-, Filly- und Kleiderläuse

unter auch Flöhe samt Brut (Nissen), bei Menschen und Tieren mit „Eckold“ für Wunden unschädlich. **Ungeziefer-Vertilgungs-Anstalt, Filiale Leipzig**, Verkauf Schletterstraße 12, Gohlis, Neuhäuser Hallische Straße 57. I.

Gefühlsärztin

Sornhaut und Warzen beseitigt das bestempfohlene **Kukirol**. In vielen tausend Fällen glänzend bewährt. Kufrol ist in Apotheken und Drogerien zum Preise von 2.- Mk. erhältlich. Engros-lager Gebrüder Loda.*

Beyer-Schnitte Modelführer

Bd. 1 Kleider u. Mäntel. Bd. 2 Hüsen u. Röcke. Bd. 3 Jungmädchen-Kleidung. Bd. 4 Kinder-Kleidung.
Jeder Band nur 1 Mk. 20 Pfg.
Beyers Modelführer sind die schönst. u. billigst. Albums f. d. praktische Schneiderin!

Zu haben in der Buchhandlung der Leipziger Buchdruckerei A. G. und in den Filialen der Volkszeitung.

Ich will mich beliebt machen durch meine saubere und preiswerte Arbeit

Ferd. Fischer Uhrmacher.
Tauchaer Straße 10

Freie Turnerschaft L. West (E.V.)

Mitgl. des Arbeiter-Turn- und Sportbundes
Sonnabend, den 6. März 1920
Großes Frühjahrs-Vergnügen
im Folsenkoller, L-Plagwitz
Aufführungen **Großer Ball**
Kulab 5 Uhr. Anfang 6 Uhr
Programm im Vorverkauf 75 Pfg., a. d. Kasse 1 Mk.
Es ladet hierzu freundlichst ein **Der Turarst.**

Bücher aller Art

erhalten die Leser unserer Zeitung vorläufig durch unsere Buchhandlung. Wenn Gewünschtes nicht auf Lager ist, wird es schnellstens besorgt. Die Filialen und die Auszüge der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen. Ferner Zeitungen werden auch regelmäßig, logisch nach Erscheinen, angeliefert. Es wird gebeten, möglichst vor Beginn des Vierteljahres die Neueinstellungen zu machen, damit auch die ersten Nummern des Vierteljahres von uns rechtzeitig angeliefert werden können.

Leipziger Buchdruckerei

Antiangewandte
Abteil. Buchhandlung
Hauptgeschäft:
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Filialen:
Volksbühne Leipzig, Seiblerstr. Leipzig-Dkt. Elisabethstraße 19
Lindenu, Obermannstr. 1
L. Plagwitz, Weißenseiler Str. 1
L. Kleinziechener, Dieskaustr. 1
L. Schönefeld, Leipziger Str. 1
L. Thonberg, Reichenhainer Str. 1
L. Stötteritz, Verh. Post-Str. 1
L. Connewitz, Bornhalde Str. 1
L. Gohlis, Lindenbäcker Str. 1
L. Curtze, Magdalenenstr. 1
Leipzig-Leipzig, Hauptstr. 53
Wöhlig-Chrenberg, Wettiner Straße 28

Johann Gottfried Seume

Ein literarisches Porträt
Ausgewählte Werke Seumes
herausgegeben u. eingeleitet
von **Wilhelm Hausenstein**.
Preis geb. 7,00, brosch. 6,00.
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.
Postcheckkonto Nr. 53477.
Die Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Freie Turnerschaft L. West (E.V.)

Mitgl. des Arbeiter-Turn- und Sportbundes
Sonnabend, den 6. März 1920
Großes Frühjahrs-Vergnügen
im Folsenkoller, L-Plagwitz
Aufführungen **Großer Ball**
Kulab 5 Uhr. Anfang 6 Uhr
Programm im Vorverkauf 75 Pfg., a. d. Kasse 1 Mk.
Es ladet hierzu freundlichst ein **Der Turarst.**

Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Zahst. Leipzig
Sonnabend, den 6. März, abends 7 Uhr
im Sophienstädtchen, L. Neuhäuserfeld, Konradstraße
Versammlung.
Tagesordnung: Die Tabakarbeiter Leipzigs und der Bezirkstarke. Die Ortsverwaltung.

Vereinigung Ansiedlung Ost

Jugend-
abteilung
Dienstag, den 9. März
Außerordentl. Mitglieder-Versammlung
im Restaurant Stadt Hof, Stötteritz, Stötteritzer Straße.
Erscheinen aller ist notwendig. Die Jugendleitung.

Borsdorf und Umgegend

Sonnabend, den 6. März, abends 1/8 Uhr:
Essentlicher **Lichtbildervortrag**
Kart Goll die Erde u. d. Menschen geschaffen?
Nachmittags 4 Uhr:

Lichtbilder-Kinderdarstellung

Es war einmal. Im Fluge durch die Welt. Aller. Gelehrter. Karven im Konjum. Arbeiter-Bildungs-Ausschuss.

Zionist. Vereinigung * Leipzig

Sonnabend, 6. März 1920, abends 1/8 Uhr
Vortrag
von **Kurt Blumenfeld - Berlin** über
„Der Antisemitismus und die Judenfrage“
Freie Aussprache. Eintritt 1 Mk.

Freie sozialist. Jugend

Zu der am Sonntag, 7. März, vorm. 11 Uhr
i. d. Volksbühne stattfindenden Theateraufführung
„Moses“ von Grillparzer sind noch Karten zum
Preise von 2,20 Mk. für einfache Plätze und 4,20 Mk.
für Doppelplätze am Eingang zu haben.

Donnerstag, den 11. März

in **Augusto-Schmidt-Haus**, Vork abg über:
Das Schulprogramm der freien sozialistischen Jugend Deutschlands.
Eintritt 75 Pfg.
Alle Eltern und Erzieher sowie Erwerber werden hiermit besonders eingeladen. **Die Bundesleitung.**

Königs-Pavillon

Promenadenstr. 8 Thomaslog Fernruf 19271

Ab Freitag, 5. März, und folgende Tage

Reinhold Schünzel Conrad Veidt in Wahnsinn

Großes Sensations-Drama in 3 Akten.

Die weisse Hand

Außerst spannendes Detektiv-Drama in 4 Akten

Nur Erwachsene über 16 Jahre haben Zutritt!

Wochentags 4 Uhr. — Sonntags 3 1/2 Uhr.

Welt-Theater

Barockgasse am Markt Fernr. 4870

Heute Freitag, 5. März, und folgende Tage

Hella Moja

In dem köstlichen, 4aktigen Lustspiel

Mein Mann, der Nachredakteur

Die Schuld des Vaters

Ergreifende und spannende Tragödie in 4 Akten.

Nur Erstaufführung!

Anfang: Wochentags 4 Uhr. Sonntags 3 1/2 Uhr.

Kasino-Lichtspiele

Königsplatz Dresden Hof Fernruf 19650

Von Freitag, den 5. März an:
Größtes sensationellstes
dramatisches Lebensbild

Das Recht der freien Liebe

7 Akte Eine ernste Warnung
und ein dringender
Mahnruf an unsere
heutige moderne
Gesellschaft! 7 Akte

Das neueste Karlichen

Jugendliche unter 16 Jahren
haben keinen Zutritt!

Anfang 4 Uhr.

Neues Theater.

Königsplatz, Fernruf 1416.

Freitag, den 5. März 1920

Bei aufgeborenem Anrecht

Wacht die Spenderbestellung

Unter Mitwirkung der Kammerfängerin Marie Gutheil-Schoder von der Staatsoper in Wien a. O., Dr. Emil Schipper vom Nationaltheater in München a. O., Kammerfänger Otto Wolf vom Nationaltheater in München a. O.

Zieland.

Musikdrama in einem Vorspiel und 2 Akten nach W. Guizot von

Hub. Sedler. Musik von Eugen d'Aubert.

(ohne Silberfäden)

Musikalische Leitung: Alfred Schöberl. Bühnenleitung: Carl Schäfer.

Personen: Sebastian, ein seltsamer Grundbesitzer; Komma, der

Beste der Gemeinbe (Gans Müller); Tada, ein Ort.

Moruo, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Carl Oberland,

ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Westend-Hallen. Meß-Ball.

Heute Freitag, ab 7 Uhr

LICHT-SCHAUSPIELHAUS

Vom 5. bis 8. März

Das gewaltige Sensations- und

Spionage-Drama

Um den Bruchteil einer Sekunde

5 spannende 5

Akte

hierzu

Der schwarze Meister

5 packendes Abenteuer-Drama aus den 5

Steinwäldern Kleinasien 5 Akte

Täglich Einlass 5 Uhr. Anfang 1/2 6 Uhr.

Sonntag, nachmittags 1/2 4 Uhr, große Familien- und Kinder-Vorstellung mit Extra-Programm.

EISENBAHNSTR. 74 SCH

Altes Theater.

Königsplatz, Fernruf 1416.

Freitag, den 5. März 1920

Bei aufgeborenem Anrecht

Wacht die Spenderbestellung

Unter Mitwirkung der Kammerfängerin Marie Gutheil-Schoder von der Staatsoper in Wien a. O., Dr. Emil Schipper vom Nationaltheater in München a. O., Kammerfänger Otto Wolf vom Nationaltheater in München a. O.

Zieland.

Musikdrama in einem Vorspiel und 2 Akten nach W. Guizot von

Hub. Sedler. Musik von Eugen d'Aubert.

(ohne Silberfäden)

Musikalische Leitung: Alfred Schöberl. Bühnenleitung: Carl Schäfer.

Personen: Sebastian, ein seltsamer Grundbesitzer; Komma, der

Beste der Gemeinbe (Gans Müller); Tada, ein Ort.

Moruo, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Carl Oberland,

ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Wolff, ein Ort, im Dienste Sebastianos; Frau Engel, Gertrud Köhler, Alfred

Theater in der Eiferstraße

Kammerspiele. Fernr. 12800

Freitag, den 5. März, abends 7 1/2 Uhr

(zum 34. Male)

Die Arrrutschbahn.

Schwank in 3 Akten

von Heinz Gordon und Kurt G. B.

Sonntag, 8 1/2 Uhr: Die Arrrutschbahn. Ermäßigte Preise.

Krystall-Palast

Theater. Fernruf 1416

Täglich abends 7 Uhr

Der erfolgreichste

Hartstein-Schlager:

Der Stolz

der 3. Kompanie.

Vorher neuer, glänzender

Varieté-Spielplan.

Drei Linden

Täglich abends 7 Uhr

unter der Kontrolle d. Leipz. Rennfahrerverbandes 1898:

Radrennkonzurrenz am den grossen Drei

Linden-Prefs über 50 km

Heute starten:

Verfolgungsrennen über 5000 m

Fuchs - Heuer

Grosser Drei Linden-Preis (2 Läufe)

I. Wegener - Bauer - Petersell

II. Ebert - Pawke - Häusler

Onkar Huber

süddeutscher Humorist

Kato und Partnerin

Handschattenspieler

5 Ponscherrys, Deutschlands beste

Früchtelkünstler

Spiss und Geo

Parodisten

2 Christians

Doppeltrapezakt

Oh. Piccardy

Antipoden-spiele

Philipp Tolzack, ehem. 1. Sou-

bratteil. Wip. Raim.-Theat.

Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 3348 und 3349)

Th. Althoff, Peterstr., Konsumverein, Karl-Heine-Str.

Futterrüben

verf. Heinrich Gottschalch

Hartmannsdorf bei Knauthain.

Licht-UT-Spiele

Besitzer: J. M. K. ...

Hainstr. 10. ...

Meßhaus Jägerhof:

2 Erstaufführungen 2

3 Kino-Sterne 3



„Das Herz des Casanova“

Filmspiel in 3 Akten mit

Bruno Kastner

„Geheimnis

der Wera Baranska“

Gesellschaftsdrama in 3 Akten. — Hauptrollen: